

Die Unabhängige für Mecklenburg-Vorpommern

OSTSEE ZEITUNG

Rostocker Zeitung

www.ostsee-zeitung.de

Außerordentlicher Presse-Tag 23. Februar 2008 DOKUMENTATION

Nordkurier

NEUBRANDENBURGER ZEITUNG

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN

www.nordkurier.de

Schweriner Volkszeitung

MECKLENBURGISCHE ZEITUNG

Unabhängige Tageszeitung für das Land Mecklenburg-Vorpommern • Nr. 46/3 • 0,90 Euro

SONNABEND/SONNTAG, 23./24. FEBRUAR 2008 • www.vvz.de

Unser Land braucht seine Zeitungen

Qualität und Vielfalt sichern.



Ingo Schlüter
Deutscher Gewerkschafts-Bund
Das dürfen wir nicht zulassen

Seite 3



Holger Artus
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Organisiert Euch rechtzeitig

Seite 9



Reinhard Meyer
Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Vielfalt sichert Qualität

Seite 4



Michaela Christen
Schweriner Volkszeitung
Angst macht stumm

Seite 11



Kai Voigtländer
Deutscher Journalisten-Verband
Die Presse ist kein Gewerbe

Seite 5



Fritz Krüger
Nordkurier
Von der Realität eingeholt

Seite 13



Ernst Heilmann
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Der Debatte stellen

Seite 6



Robert Haberer
Ostsee-Zeitung
Die Sinnfrage muss erlaubt sein

Seite 15



Michael Konken
Deutscher Journalisten-Verband
Raus aus der Abwärtsspirale

Seite 7



Martin Dieckmann
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Innere Pressefreiheit

Seite 17

Abschlussklärung zum Außerordentlichen Presse-Tag:

Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern.

Die Teilnehmer des Außerordentlichen Presse-Tages fordern:

- ▶ Mecklenburg-Vorpommern als Medien-Standort sichern.
- ▶ Arbeitsbedingungen durch Tarife gestalten.
- ▶ Transparenz über Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den Verlagen herstellen.
- ▶ Demokratische Mitbestimmungsrechte der Journalisten stärken.

Sie rufen die Landespolitik auf, durch geeignete Maßnahmen, etwa die Novellierung des Landespressegesetzes, Qualität und Vielfalt in den Medien des Landes zu sichern und zu fördern.

Sie rufen die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern auf, diese Forderungen durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Es geht um ihre Heimatzeitungen.

Schwerin, den 23. Februar 2008

Herausgeber

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft • Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Ernst Heilmann • Dr.-Külz-Str. 18 • 19053 Schwerin
Tel.: 03 85 - 6 38 32 04 • Fax: 03 85 - 6 38 32 01

Deutscher Journalistinnen- und Journalisten-Verband Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Sibylle Ekart • Schusterstraße 3 • 19053 Schwerin
Tel.: 03 85 - 56 56 32 • Fax: 03 85 - 5 50 83 89

Druck: Druckhaus Trautmann GmbH, Rostock

Ingo Schlüter

Das dürfen wir nicht zulassen

Wir haben für den heutigen Tag ein ambitioniertes Programm vor uns und namhafte Referenten zu Gast. Am Ende des Tages werden wir vielleicht eine noch konkretere Vorstellung davon haben, welche Medien – und das meint im Kontext der heutigen Veranstaltung vor allem die Printmedien – wir denn hier in diesem Land wollen.

Wobei sich hier schon ein erstes Problem ergibt, denn „Wollen“ ist bekanntlich das eine, aber „Können“ das andere.

Das Können wird durch vielfältige Rahmenbedingungen bestimmt. Zum Beispiel durch die Zahl, die Einkommenssituation, das Medienverhalten und durch das Qualitätsbewusstsein der Mediennutzer. Durch die Zahl und Qualität der Medien in einem Land. Durch das Qualitätsbewusstsein, die Motivation und die Ausbildung der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, und nicht zuletzt durch das unternehmerische Kalkül der Verlage bzw. Eigner.

Hier stoßen Wunsch und Wirklichkeit ständig aneinander.

Was die Zahl und Qualität der Zeitungen angeht, so können wir uns nicht beschweren. Ich finde, dass die Redaktionen hier eine sehr gute Arbeit leisten. Und das soll so bleiben.

Die Qualität unserer Zeitungen hängt aber vor allem von motivierenden oder demotivierenden Arbeitsbedingungen ab, unter denen sie entstehen. Ausgedünnte Redaktionen, zu schnell eingeführte und unausgereifte Redaktionssysteme und Umstrukturierungen müssen notwendigerweise zu Qualitätsverlusten führen. Das liegt auf der Hand.

Und deshalb und als die zuständigen Gewerkschaften müssen wir natürlich die Frage nach den Arbeitsbedingungen und nach der Arbeitsorganisation stellen.

Was die Frage nach den Mediennutzern angeht, so haben wir wie überall die Situation, dass sich die Zeitungen in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Medien befinden. Das hat hier wie anderswo zumindest bei den „normalen“ Tageszeitungen auch zu einem Rückgang der Auflagen geführt.

Da unterscheidet sich Mecklenburg-Vorpommern nicht von anderen Standorten. Die Entwicklung gibt Anlass zur Sorge.

Besonderen Anlass zur Sorge und Anlass für unseren heutigen Presse-Tag geben aber vor allem hausgemachte Konflikte: Im Nordkurier gehen die Gesellschafter den Weg der Regionalisierung auf die harte

Tour. Das heißt: die Lokalredaktionen werden ausgegliedert und in eigenständige Gesellschaften überführt. Die Absicht ist klar: Man will die Redaktionskosten senken. Senken kann man nur beim Personal und den Gehältern. Die Weigerung der Geschäftsleitung des Nordkuriers, für die drei Regionalgesellschaften einen Anerkennungstarifvertrag zu unterzeichnen, verdeutlicht, wo man künftig sparen will.

In der Ostsee-Zeitung wollen die Gesellschafter den Weg eines gemeinsamen Mantels mit den Lübecker Nachrichten gehen. Die Kolleginnen und Kollegen befürchten aus gutem Grund einen Qualitätsverlust und Arbeitsplatzverlust bzw. -verlagerung.

Die Schweriner Volkszeitung hat seit ihrem Wechsel zum neuen Gesellschafter Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag einen erheblichen Aderlass beim Personal zu verzeichnen.

Das Outsourcing von Lokalredaktionen, der Personalabbau in den Zeitungsverlagen, der Weg raus aus der Tarifbindung – dies alles orientiert sich an der Interessenlage der Gesellschafter, nicht aber den Leserbedürfnissen und den Erwartungen der Öffentlichkeit nach umfangreicher Information.

Das Motiv ist von Karl Marx umfassend beschrieben worden: Die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen werden verschärft, um die Rendite zu steigern. Das kennen wir auch aus allen anderen Branchen.

Und wie in anderen Branchen hat die Gier vielfältige „Nebenwirkungen“, die weit über die dort beschäftigten KollegInnen hinausgehen. Bezogen auf den Bereich Printmedien bedeutet das: Der publizistischen Vielfalt und dem hochwertigen Journalismus in Mecklenburg-Vorpommern geht es an den Kragen.

Das dürfen wir nicht zulassen. Da müssen wir einen überzeugenden Gegenentwurf zur Hand haben.

Und liebe KollegInnen, ich will etwas, das ich am Dienstag hier in Schwerin zu den Warnstreikenden des Öffentlichen Dienstes gesagt habe, ganz bewusst wiederholen: Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen, nicht Sympathisanten-Organisationen. Ihre Kampfkraft, ihre Fähigkeit, die Dinge zu gestalten, hängt von der Anzahl ihrer Mitglieder, nicht von der Zahl ihrer Sympathisanten ab.

Wer drin ist, hat eine persönlich und politisch kluge Entscheidung getroffen, bitte weitersagen! Wer nicht, ist herzlich eingeladen.

Reinhard Meyer

Vielfalt sichert Qualität

Ihrem Thema „Unser Land braucht seine Zeitungen“ kann ich nur zustimmen. Ja, Mecklenburg-Vorpommern braucht seine Tageszeitungen – und zwar alle drei! Denn publizistische Vielfalt ist bester Ausdruck von Pressefreiheit – ein wertvolles, ein zu schützendes Gut.

Und auch wenn das Verhältnis von Politik und Medien nicht immer erotisch ist, für die Landesregierung gilt: Wir wollen eine starke, kritische Presse, aus politischen Gründen und auch aus unternehmerischen.

Erst die Vielfalt von Nachrichten, die Vielfalt von veröffentlichten Meinungen, ob Kommentar des Journalisten oder der Brief eines Lesers, können Grundlage dafür sein, dass sich die Leser ihrer Zeitungen selbst eine Meinung bilden können über die Dinge, die um sie herum geschehen.

Politik braucht kritische Begleitung. Auch wenn manchmal der Eindruck entsteht, dass Fakten nicht gründlich genug recherchiert wurden und dadurch ein schiefes Bild entsteht.

Mit dem geplanten gemeinsamen Mantel von Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung scheint mir die Vielfalt doch sehr eingeschränkt zu werden. Denn es liegt doch auf der Hand, dass der regionale Bezug von der einen oder anderen Seite geringer wird. Die Eigenständigkeit der Zeitungen muss erhalten bleiben.

Jedes Bundesland und jede Region im Norden hat besondere Stärken, ein eigenständiges Profil und ein eigenes Image. Die Bedeutung der Berichterstattung aus der Region, die Bedeutung des Lokalkolorits wird daher eher noch zunehmen.

Viele von Ihnen werden zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn sicher auch über den „Kaninchenzüchterverein“ berichtet haben. Das fanden Sie vielleicht nicht so interessant, für die Leser aber ist das wichtig.

Die Kompetenz der Regionalzeitungen ist und bleibt deshalb die regionale Verankerung – im Übrigen ein entscheidender Wettbewerbsvorteil auch gegenüber neuen Medien, überregionalen Zeitungen und Anzeigenblättern. Das hat Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff auch auf dem Neujahrsempfang der Ostsee-Zeitung deutlich gemacht.

Natürlich ist es nicht Aufgabe der Politik, sich in unternehmerische Entscheidungen, auch nicht bei Medienunternehmen, einzumischen. Und ich habe auch nichts gegen Effizienzsteigerung und Rationalisierung. Aber: unternehmerische Entscheidungen dürfen nicht dazu

führen, dass die Presselandschaft ausgedünnt, die publizistische Vielfalt eingeschränkt wird und möglicherweise ein neuer Billiglohntor entsteht.

Ich will noch einmal betonen: Wir wollen regionale Vielfalt und keinen Einheitsbrei. Nur durch publizistische Vielfalt kann die Qualität des Produkts Tageszeitung auf Dauer gesichert werden. Und dazu gehören natürlich eigenständige Redaktionen mit Redakteuren, denen die notwendige Zeit für gründliche Recherchen zur Verfügung steht, und die ordentlich bezahlt werden. Dass dies schon jetzt oft nicht mehr möglich ist, wissen Sie selbst am besten. Und wenn offensichtlich schon wieder an der Personalschraube gedreht werden soll, dann ist dies nicht nur für die Pressefreiheit schädlich, sondern wird auch dem Bedürfnis der Leserinnen und Leser nach Informationen und Meinungen nicht gerecht.

Die Konsequenz wäre absehbar: Qualitätsverlust wird vom Leser sehr wohl bemerkt und geahndet – er bestellt die Zeitung ab oder kauft sie eben nicht mehr. Und daran kann wohl niemand interessiert sein – die Bürgerinnen und Bürger nicht, die Journalisten nicht, die Werbekunden nicht und die Herausgeber schon gar nicht.

Ich denke, man sollte nicht nur über die Ausgabenseite nachdenken, sondern ebenso höhere Einnahmen im Blick haben. Mehr journalistische Qualität und ein umfangreicherer Service stärken die Verbindung der Leser zu ihrer Tageszeitung.

Übrigens: Auch die Politik braucht Qualität im Journalismus, denn schlecht recherchierte Beiträge ärgern alle.

Ich denke es ist richtig, dass Sie heute hier außerplanmäßig zusammengekommen sind, um die Situation zu besprechen.

Ich will auch noch etwas zum Landespressegesetz sagen: Ich kann Ihnen keine Hoffnung machen, dass es in dieser Legislaturperiode novelliert wird. Denn vor allem für ein Redakteursstatut, das auch in den Redaktionen nicht ungeteilte Zustimmung findet, gibt es in der Koalition keine Mehrheiten.

Ich weiß, dass die Personal- oder Betriebsräte in den Medienunternehmen bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in ihren Medienunternehmen sehr gefordert sind. Es geht nicht nur um Tarife und personelle Veränderungen, sondern auch um Gemeinschaft und Solidarität.

Kai Voigtländer

Die Presse ist kein Gewerbe

Vielleicht ist die Zeit gekommen, Karl Marx zu lesen. Es wird Sie - und Euch - vielleicht überraschen, das ausgerechnet von mir zu hören, hier und heute. Aber vielleicht ist das gar keine schlechte Idee ...

Man ist dabei übrigens in bester Gesellschaft. Horst Köhler macht das auch, und der ist immerhin Bundespräsident. Der Bundespräsident liest Karl Marx - oder lässt lesen - wer will das bei einem Bundespräsidenten schon so genau wissen... Und dabei findet er ganz erstaunliche Sätze, um die herum er dann seine Reden baut. Im vergangenen Jahr hat er zum Beispiel zum 50-jährigen Bestehen des Presserates eine Rede gehalten. Über die Pressefreiheit. Und auch über die hat er bei Marx einen bedenkenswerten Satz gefunden.

Über die Pressefreiheit, die bei uns unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht und die darum auch Privilegien von Verfassungsrang genießt in Deutschland. Über die hat Karl Marx nämlich geschrieben, ohne schon das Grundgesetz zu kennen. Und Horst Köhler hat ihn genau mit diesem Satz zitiert: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.“

Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein ... Da fallen mir doch einige ein, denen wir das gerne mal ins Stammbuch schreiben würden. Dass Zeitungen und Zeitschriften zu machen, also sie voll zu schreiben, sie zu verlegen und herauszugeben, doch eben noch etwas anderes ist, als Würstchen zu braten oder Schraubenzieher herzustellen, und die Würstchen oder Schraubenzieher dann mit möglichst maximalem Gewinn zu verkaufen.

Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Unterstellt, der Satz stimmt und ist wichtig - was bedeutet das denn, wenn man es ins Hier und Heute übersetzt und in die mecklenburgischen und vorpommerschen Verhältnisse überträgt?

Wenn man unter den Bedingungen der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit Zeitungen herstellt, so übersetze ich das, dann heißt das nicht, dass man keinen Gewinn machen darf. Natürlich sind Zeitungen auch Wirtschaftsbetriebe. Aber sie sind eben mehr als nur Wirtschaftsbetriebe. Und das vergessen sie gerade in den Verlagen, wenn sie die Umsatzrenditen mal eben von neun auf zwölf und fünfzehn Prozent heraufschrauben.

Pressefreiheit bedeutet unter anderem auch, dass man Redaktionen nicht einfach als einen Pool austauschbarer Leiharbeitnehmer zweiter und dritter Ordnung organisieren kann, um sie besser hin- und herschieben und die Rendite um noch zwei Prozent nach oben treiben zu können.

Zeitungen sind nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sie sind Ausdruck regionaler Identität. Die Zeitung ist Markttreiben und Dorfplatz. In ihr

werden die Dinge verhandelt, die eine Mehrheit von Bürgern und Einwohnern betreffen und interessieren. Zeitungen sind ein Stück praktizierte Demokratie, und nur deshalb genießen sie als Wirtschaftsbetriebe die Privilegien des Grundgesetzes. Nur deshalb genießen sie die Pressefreiheit. Und deshalb ist diese Pressefreiheit auch bedroht, wenn Zeitungen nur noch als Wirtschaftsbetriebe auftreten und agieren.

Heribert Prantl, der Innenpolitikchef der Süddeutschen, hat das sehr schön ausgedrückt: „Wenn es eine Tendenz gibt, die Pressefreiheit auf die Freiheit zur grundrechtsgeschützten Geldvermehrung zu reduzieren, dann wird es immer schwerer werden, sie als besonders wichtig zu verteidigen.“

Die Freiheit zur grundrechtsgeschützten Geldvermehrung - dann wären Zeitungen nichts anderes mehr als Würstchen oder Schraubenzieher. Ein ganz gewöhnliches Produkt also. Und dann bräuchten sie den besonderen Schutz des Grundgesetzes nicht mehr.

„Unser Land braucht seine Zeitungen!“ So haben wir, aus aktuellem Anlass, unsere Kampagne genannt. Denn es besteht die große Gefahr, dass unser Land seine Zeitungen verliert. Was natürlich nicht heißt, dass es hier keine Zeitungen mehr geben wird. Aber die Zeitung der Zukunft, so wie sie in den Büros der Verlagsmanager geplant wird, die wird das Land und die Regionen eben nicht mehr so abbilden können, dass die Menschen sich und ihr Land darin wiederfinden können - wie es heute noch geschieht.

Unser Land braucht seine Zeitungen! Denn es kann nicht sein, dass die größte Zeitung Mecklenburg-Vorpommerns in Schleswig-Holstein gemacht wird ...

Unser Land braucht seine Zeitungen! Denn Leser in Travemünde ticken anders als Leser in Grimmen. Und Leser in Lübeck interessieren sich weniger für das Schicksal des CD-Werks in Dassow als für den Kupferklau im südlichen Schleswig-Holstein, um nur ein Beispiel aus den vergangenen Wochen zu nennen.

Unser Land braucht seine Zeitungen!

Kolleginnen und Kollegen, im Vergleich zur Wirtschaftsmacht der Verleger sind wir natürlich ein verlorenes Häuflein. Wir müssen uns also möglichst viele Verbündete suchen, und unsere ersten Verbündeten sind - naturgemäß - die Leser und die Hörer und die Zuschauer. Unser erster Verbündeter ist die Öffentlichkeit. Lassen wir es nicht zu, dass die Veränderungen in unserer Zeitungslandschaft leise, still und heimlich passieren. Tragen wir die Botschaft dieses Pressetages möglichst weit ins Land hinaus: Dieses Land braucht seine Zeitungen!

Ernst Heilmann

Der Debatte stellen

„Ost und West machen gemeinsam Schlagzeilen“ war der Beitrag in den Lübecker Nachrichten überschrieben, mit dem die Leser des Blattes über die geplante Kooperation mit der Rostocker Ostsee-Zeitung in Kenntnis gesetzt wurden. Saubere, umfassende Recherche – nicht allein die Geschäftsleitung, sondern auch die Betriebsräte in Lübeck und Rostock kamen zu Wort.

Der Artikel hätte sicher auch die Leser des Schwesterblattes Ostsee-Zeitung interessiert. Doch denen entging das Stück – wenn auch nur knapp. Es hatte bereits den Platz auf der Medienseite gefunden, als „Kommando zurück!“ befohlen wurde und der Beitrag wieder im Stehsatz verschwand. Die Redakteure der Ostsee-Zeitung konnten die Kehrtwende am Computer verfolgen, beeinflussen konnten sie diese Entscheidung aus der Chefetage nicht.

Dabei widerspricht sie allen handwerklichen Regeln des Journalismus: Das Thema ist neu, es ist überraschend, es wird die Leser der Zeitung ganz sicher interessieren, und sie werden darüber reden. Noch dazu handeln bedeutende Personen und Firmen, nämlich Deutschlands größtes Zeitungshaus, der Axel-Springer Verlag. Normalerweise riskiert ein Redakteur eine Abmahnung, wenn er eine solche Story verpennt.

Dennoch: Kein Wort zur Kooperation bzw. Fusion in der Ostsee-Zeitung.

Denn OZ-Geschäftsführer Thomas Ehlers, der sich gern der Offenheit und Transparenz rühmt, hat entschieden, dass die Leser zwischen Grevesmühlen und Usedom nicht wissen müssen, woher zukünftig der so genannte Mantelteil ihrer Heimatzeitung kommt. Sie würden es ja sowieso nicht merken, ob die Politik-Seiten, der Ratgeber und die Wochenend-Beilage nun in Lübeck oder in Rostock entstehen. Und mit dem Wissen, dass hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze gen Westen verlegt werden, will man sie auch nicht belasten.

Ein Beispiel. Das freilich schlaglichtartig illustriert, wie Meinungsmacht gebraucht und vor allem missbraucht werden kann.

Ein Beispiel, dem sich weitere hinzufügen lassen. Bleiben wir im gewerkschaftlichen Bereich: Wie verträgt es sich, dass im jüngsten Tarifkonflikt um die Lokführer ganzseitige Anzeigen gedruckt werden, in dem die Bahn AG ihre Sicht der Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit trägt? Während zur gleichen Zeit von den Lübecker Nachrichten eine Beilage von ver.di zur Tarifaufeinandersetzung im Einzelhandel als bezahlte Beilage nicht angenommen und verteilt wird. Hier beruft man sich auf eine angebliche Neutralität, die dort nicht gilt...

Damit sind wir beim Kern des Problems: Die Presse existiert nicht um ihrer selbst willen. Sie hat eine wichtige öffentliche Aufgabe. Deshalb ist ihre Freiheit im Grundgesetz geschützt. Das Bundesverfassungsgericht hat 1966 diese öffentliche Aufgabe im so genannten Spiegel-Urteil eindrucksvoll beschrieben: „Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein, aber

auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. In ihr artikuliert sich die öffentliche Meinung; die Argumente klären sich in Rede und Gegenrede, gewinnen deutliche Konturen und erleichtern so dem Bürger Urteil und Entscheidung. In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Sie fasst die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen ständig am Maßstab, der im Volke tatsächlich vertretenen Meinungen messen können.“*

Mit einem Satz: Die Presse sorgt dafür, dass die öffentliche Debatte – das wesentliche Merkmal unserer Demokratie – ständig weiter geht.

Deshalb betrifft das, was in und mit unseren Zeitungen passiert, nicht allein deren Mitarbeiter.

An diesem Punkt setzt die Kampagne „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern“ an, die ver.di, der DJV und der DGB gemeinsam gestartet haben.

Denn die Situation der Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern ist dramatisch: Bei der Schweriner Volkszeitung jagt ein Personalabbau den nächsten. Der Nordkurier wird schrittweise zerschlagen; die Mitarbeiter sollen mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Durch Kooperation bzw. Fusion mit den Lübecker Nachrichten ist die Eigenständigkeit der Ostsee-Zeitung gefährdet.

Diese Prozesse haben Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Zeitungen, sie beeinflussen Qualität und Vielfalt des Medienangebotes in unserem Land unmittelbar. Sie gehören in die Öffentlichkeit, denn die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns sind die unmittelbar Betroffenen. Es geht um ihre Heimatzeitungen!

Der öffentlichen muss eine politische Debatte über den Wert von Qualität und Vielfalt folgen. Denn der Schweriner Landtag hat es in der Hand, die Rahmenbedingungen für die Presse in Mecklenburg-Vorpommern zu setzen. Wer, wie die Presse, eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt, bedarf der ständigen öffentlichen Beobachtung! Der muss sich immer neu der Diskussion stellen – vor allem auch im Inneren. Deshalb gilt es, demokratische Mitspracherechte der Redaktionen zu verankern.

Die Vorschläge zu einer Überarbeitung des Landespressegesetzes liegen seit Jahren in der Schublade. Es ist höchste Zeit, dass sie auf den Tisch kommen! Unser Land braucht seine Zeitungen. Es gilt, heute und erst recht morgen, Qualität und Vielfalt zu sichern.

* *Bundesverfassungsgericht 1966*

Michael Konken

Raus aus der Abwärtsspirale

Dass heute neben mir auch noch der stellvertretende Bundesvorsitzende, Michael Anger, hierher nach Schwerin gekommen ist, zeigt, dass wir in der Vergangenheit mit großer Sorge hier nach Mecklenburg-Vorpommern schauen – auch im Zusammenhang mit Schleswig-Holstein. Hier wie dort bemerken wir seit einigen Jahren, wie Meinungsvielfalt, wie die Presselandschaft sich negativ verändert, dass wir Meinungsvielfalt, Pressefreiheit, innere Pressefreiheit in großer Gefahr sehen.

Leider, und diesen Haken erlauben Sie mir, hat die Politik das noch nicht erkannt und ich habe langsam das Gefühl, wenn die Politik weiter zuschaut – und wir haben ja heute so einen Satz gehört, dass man da leider auch nicht viel machen kann, was Redaktionsstatute betrifft. Wenn die Politik weiter zuschaut, dann stehen wir bald vor einem Scherbenhaufen, den wir nicht mehr zurückfahren können. Deshalb will ich das heute einmal aus bundespolitischer Sicht hier erläutern.

Die deutsche Medienlandschaft ist seit einigen Jahren, wir alle haben das gespürt, gekennzeichnet von Umstrukturierung und Jobabbau. Nur mal eine Zahl dazu, was auch die Meinungsvielfalt widerspiegelt: 1954 hatten wir in Deutschland noch etwa 323 selbständige Zeitungseinheiten. Mittlerweile sind es ungefähr 120. Die Zahl wird von Jahr zu Jahr geringer. Vielfalt spielt sich dann so ab, wie wir's auch jüngst erlebt haben, als der Springer-Konzern Meinungsmacht nutzte, um die Debatte um den Mindestlohn herunterzuschreiben. Alle Medien, die zum Springer-Konzern gehören – und es liegt dazu etwas vor – bekamen die interne Anweisung, diesen Mindestlohn bundesweit runterzuschreiben, damit diese Diskussion von der politischen Bühne verschwindet. So geht man mit Meinungsvielfalt um.

Das macht deutlich, wie man dann auch Meinungsmacht praktizieren kann. Ich bin immer noch froh, dass das Bundeskartellamt damals den Zusammenschluss von Springer und Pro7/Sat 1 verhindert hat. Denn sonst hätten wir noch eine ganz andere Medienlandschaft hier in Deutschland.

Auf jeden Fall ist ein wichtiger Punkt die innere Pressefreiheit. Ich verstehe immer noch nicht, warum nicht gehandelt wird, nachdem die Länder eigentlich auch die Möglichkeit jetzt bekommen haben – der Bund hat das ja an die Länder abgegeben. Dass, wenn bestimmte politische Verhältnisse vorhanden sind, man nicht die innere Pressefreiheit in Redaktionsstatuten festschreibt und somit auch denen, die mit der Pressefreiheit falsch umgehen – und dieses Beispiel haben wir gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern – einen Riegel vorschreibt. Dazu braucht man nicht viel Mut. Dazu braucht man eine Abstimmung und Überzeugungsarbeit.

Ja. Lieblingsbeschäftigungen der so allmächtigen Verlagsgeschäftsführer – ich nenne sie auch nicht mehr Verleger – sind mittlerweile Outsourcing, sind Leiharbeit, sind Mitgliedschaften ohne Tarifbindung oder einfach der Austritt aus dem BDZV, um dann ganz von der Tarifbindung weg zu kommen. Eine Perversion, wie man mit Arbeitnehmerrechten mittlerweile in Deutschland umgeht. Nicht nur in diesem Bereich, aber besonders im Verlagsbereich. Das haben wir in den vergangenen Jahren gemerkt.

In diesem Bereich findet mittlerweile etwas statt, was man nur als unmoralisch, als Werte negierend und als Arbeitnehmer verachtend bezeichnen kann. Gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern können wir das Klagegeld anstimmen, das genau diese Situation widerspiegelt. Und das oft auf einer Basis, die eigentlich völlig widersprüchlich ist. Denn die aktuellen Zahlen haben eine völlig andere Diktion. Ich zitiere: „Die deutschen Zeitungen profitieren vom wirtschaftlichen Aufschwung.“ Das sagte jüngst im BDZV-eigenen Intern Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer. Und er stellt weiter fest, Sorgenkinder, wie der Stellenmarkt, legten mittlerweile um 33 Prozent zu. Geschäftsanzeigen, Werbung für Markenartikel und die Automatenwer-

bung fallen in diesen Trend. Ganz aktuell, am 11. Februar stellte die Zeitungsmarketinggesellschaft (ZMG) fest: „Die Umsätze bezahlter Anzeigen in lokalen und regionalen Abonnement-Zeitungen haben 2007 um 1,4 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahr zugelegt. Dabei fiel die Geschäftsentwicklung in West- und Ostdeutschland deutlich unterschiedlich aus. In den alten Bundesländern wuchsen die Anzeigenumsätze der lokalen und regionalen Zeitungen von Januar bis Februar um 0,9 Prozent. Im Osten beliefen sich die Zuwächse auf 6,1 Prozent.“

Der Aufschwung ist also oben angekommen. Die aber, die dafür verantwortlich sind, die durch ihre Arbeit erheblich dazu beitragen, ja sogar ausschließlich dazu beitragen, die merken nichts davon. Im Gegenteil – sie leben weiter mit der Angst vor Outsourcing und vor Leiharbeit.

Gerade die Leiharbeit wird durch Verlage entgegen den Zielen des Gesetzes eigentlich schon rechtswidrig ausgenutzt. Ziel des Gesetzes, muss man sich vor Augen führen, war die Idee, kurzfristige konjunkturelle Arbeitsspitzen mit Leiharbeit zu bedienen, flexibel abzudecken. Doch genau das Gegenteil machen die Verlagsgeschäftsführer. Sie nutzen die Leiharbeit skrupellos aus, um Dauerbeschäftigungsmaßnahmen zu schaffen mit verheerenden Auswirkungen. Wir wissen es alle: 30 Prozent weniger Gehalt, weniger Urlaub, Arbeitnehmerrechte, die es da nicht mehr gibt. Und dann fragt man sich natürlich, wie ist die Stimmung eigentlich täglich in diesen Redaktionen, wenn gleiche Arbeit unterschiedlich honoriert wird?

Missgunst, Neid, fehlende Motivation, das sind Kennzeichen der Stimmung – und alles, weil Verlage im Rahmen ihrer Gewinnmaximierung hoch motivierte Mitarbeiter in Leiharbeitsfirmen verschieben, ihnen die Sicherheit des Arbeitsplatzes nehmen und ihre Lebensstandards damit erheblich finanziell beschneiden.

Ein Blick in die bundesweite Landschaft zeigt, mittlerweile demütigen 17 Verlage ihre Mitarbeiter durch Leiharbeit – wobei dieses Wort glaube ich schon menschenverachtend ist. Weitere 16 Zeitungsverlage diskreditieren Menschen durch Outsourcing, weitere 9 haben keine Tarifbindung mehr, 7 andere haben andere Formen der Tariffucht gewählt. Und die Politik? Sie schläft bei diesem Thema tief und fest. Seit über einem Jahr versuchen wir durch verschiedene Gespräche in Berlin mit den Fachleuten in den Fraktionen dieses Thema endlich auf die öffentliche Bühne zu bekommen. Mit unterschiedlichem Erfolg. Eine Gesetzesänderung wurde uns immer wieder in Aussicht gestellt, aber bis heute nicht realisiert. Das Arbeitsministerium hat mitgeteilt, es gehe davon aus, dass „in der Regel kein Stammpersonal durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ersetzt worden ist.“ Das muss man sich mal ganz genüsslich auf der Zunge zergehen lassen. Diese Aussage lässt vermuten: Die können einfach nichts sehen und nichts hören. Die sind vielleicht irgendwie ganz weit weg von der Basis, weil – sonst müssten sie das eigentlich gemerkt haben.

Sie ist also ziemlich weit weg, die Politik, von der Realität. Aber auf der anderen Seite hat es dann Anfang des Jahres doch eine leichte Aufweichung gegeben. Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hat mir geschrieben, dass mittlerweile konkrete Schritte und Handlungspositionen in diesem Jahr erarbeitet werden, damit Leiharbeit wieder auf ihre Kernfunktion begrenzt wird. Und Kurt Beck hat das neulich in einem Gespräch bestätigt. Dann kommt natürlich wieder eine windelweiche Aussage von Klaus Brandner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. „Eine Befristung der Leiharbeit ist sicherlich bedenkenswert. Und es müssen die richtigen Instrumente entwickelt werden, um zu verhindern, dass die Befristung umgangen wird“. Ich glaube Schnecken sind da manchmal etwas schneller. „Gleiches Geld für gleiche Bedingungen“, schreibt er weiter. Und da-

mit hat er dann schon seine Stellungnahme beendet. Daran sieht man, wie man immer noch mit dem Thema umgeht. Obwohl mittlerweile nicht nur im Verlagsbereich, sondern auch in vielen anderen Branchen diese Leiharbeit wirklich zu einem Arbeitnehmer vernichtenden und verachtenden Instrument geworden ist.

Man kann heute noch einmal die Politik auffordern: Begrenzen Sie endlich wieder die Leiharbeit zeitlich. Dieser Punkt würde schon reichen. Eine zeitliche Begrenzung – dann würde dieser Unfug endlich aufhören.

Für die gleiche Arbeit muss es auch die gleiche Bezahlung geben, und damit auch die Grundlage für Qualität. Alles andere passt nicht in unsere Arbeitsverhältnisse, unsozial, demotivierend und führt zu Neid und auch zu Missgunst.

Die aktuell erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der Zeitungsbranche zeigt, dass in den Verlagen eigentlich genug finanzieller Spielraum für eine verantwortungsbewusste, für eine soziale Personalpolitik auch vorhanden ist. Es ist das Gebot wirtschaftlicher Vernunft und wirtschaftlicher und sozialer Fairness, wenn tarifflüchtige Verlage jetzt wieder auf das gemeinsame Fundament der Tarifpolitik zurückkommen und sagen, wir sind wieder gesichert, wir können wieder ganz normal miteinander umgehen, so wie wir es eigentlich auch früher gemacht haben. Es muss eigentlich auch im Interesse der Zeitungsverleger sein, den Trend zur Tariffucht der vergangenen Jahre umzukehren. Denn mittlerweile gibt es Verlage, größere Verlage, die eine Vorsteuerrendite haben, die im zweistelligen Bereich, schon bei 20 Prozent, liegt. „Von solchen Renditen können andere Unternehmen nur träumen“, stellte die Wochenzeitung DIE ZEIT fest. Der Thyssen-Krupp-Konzern hatte im Vergleichszeitraum, in dem diese Verlagszahlen ermittelt wurden, eine Rendite von 6,6 Prozent. Doch die Arbeitsbedingungen in den Verlagen werden weiter schlechter.

1993 arbeiteten noch 25 000 Redakteure und freie Journalisten für deutsche Zeitungen. Heute sind es gerade mal noch etwa 17 000. Ich möchte nicht verhehlen, dass im Moment der Arbeitsmarkt wieder etwas besser wird, auch der Stellenmarkt wieder etwas besser wird. Vielleicht ein Zeichen dafür, dass es da eine leichte Umkehrtenz gibt.

Allerdings die Arbeitsbedingungen haben sich weiter dramatisch verschlechtert. Darunter leidet, so stellt der Medienwissenschaftler Horst Röper fest, auch die Glaubwürdigkeit. Und jetzt kommen wir auch zum Punkt Qualität. Ist die erst einmal beschädigt, sagt er, dann sinken auch die Auflagen. Bestes Beispiel die Berliner Zeitung. Wir haben alle mitbekommen, was durch David Montgomery da in den vergangenen Jahren passiert ist. Die Berliner Zeitung verzeichnet mittlerweile einen starken Auflagenverlust. Das kann man nur so erklären, dass wirklich die Qualität dort verloren gegangen ist. Dass dort keine qualitätsmäßige Arbeit mehr geleistet wird, weil auch die Kolleginnen und Kollegen Angst haben, Montgomery würde morgen den Laden verkaufen, um dann endlich die Erwartungen seiner dubiosen Aktionäre zu erfüllen.

Für diese mediale Abwärtsspirale sind die Verlage verantwortlich, die Glaubwürdigkeit, also Qualität, opfern, um immer höhere Gewinne anzustreben. Sie alle schimpfen, auch in den Lokalbereichen, über diejenigen, die wir als Heuschrecken bezeichnen. Aber sie selbst liegen mittlerweile nicht weit entfernt von den Gewinnzielen eines Montgomery.

Da ist die Politik gefragt, wobei sie diese Heuschrecken nicht verhindern kann. Auch wenn man die Anteile auf 25 Prozent begrenzt, dann wird man immer Schlupflöcher finden. Das heißt, solche Firmen gründen einfach Tochterfirmen in Europa – und schon können sie wieder

in die Verlage und in andere Bereiche einziehen. Da kann man eigentlich nur etwas über steuerliche Maßnahmen machen. Aber auch da fehlen im Moment die Initiativen. Man schaut auch da zu, anstatt hier tätig zu werden, um Arbeitsplätze zu sichern.

Qualitative Rahmenbedingungen für Journalistinnen und Journalisten sind auch die Existenzberechtigung der Medienunternehmen und somit eine Symbiose. Die Berliner Zeitung macht das deutlich. Denn nur diese Symbiose ist die Gewähr für Auflagensicherung und wirtschaftlichen Erfolg.

Die viel zitierte Kernkompetenz der Verlage muss künftig wieder verantwortungsvoller betrieben werden. Wir, DJV und ver.di, haben in den vergangenen Jahren, um den Verlagen in wirtschaftlich schlechten Zeiten zu helfen, eine verantwortungsbewusste Tarifpolitik betrieben. Wir mussten uns dafür aus den eigenen Reihen viel Kritik anhören. Dank oder Antwort der Verlage waren Ausgliederungen, um die Tarifautonomie zu umgehen.

Die Bedingungen haben sich verändert. Jetzt erwarten wir wieder ein Entgegenkommen der Verlage. Das steht in diesem Jahr auf der Tagesordnung, weil wir in Kürze in die Tarifverhandlungen einsteigen werden. Im Mittelpunkt muss der Flächentarif stehen. Er muss stabilisiert werden. Die Einhaltung muss von den Tarifparteien stärker kontrolliert werden. Am Erhalt darf es keinen Zweifel geben. Allein, um in Deutschland in allen Bereichen gleiche Arbeitsbedingungen zu schaffen und gleiche Honorierungen auch zu gewährleisten. Öffnungsklauseln sind weiterhin ein temporäres Mittel, um den Anschluss daran nicht zu verlieren. Wichtig ist auch, dass bereits außerhalb des Vertrages stehende Unternehmen wieder an den Flächentarif herangeführt werden. Das ist wichtig, um eben die, die jetzt im Outsourcing sind, wieder in sichere Arbeitsverhältnisse zu bringen. Wir müssen das Thema Allgemeinverbindlichkeit ansprechen, was dann natürlich wieder ein politisches Thema wird. Mit der Allgemeinverbindlichkeit könnten wir diesem Ausgliederungs-Unsinn endlich ein Ende bereiten. Ich zweifle natürlich daran, dass die Politik sich da sehr schnell bewegen wird.

Wir müssen uns also mit der Tariffucht besonders beschäftigen in den kommenden Monaten, weil die Sicherheit der Arbeitsplätze eine große Sorge aller Kolleginnen und Kollegen ist, hier in Mecklenburg-Vorpommern besonders. Die Medienkrise ist vorbei. Nachsicht ist nunmehr Fehl am Platz. Wir müssen dafür kämpfen, gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Printmedienlandschaft nicht weiter ausgedünnt, dass nicht Vielfalt verloren geht und nur noch ein medialer Einheitsbrei verbreitet wird. Wenn ich dann lese, man plant schon den „Ostsee-Verlag“, dann wird mir Angst und Bange um das, was hier im Norden passieren soll.

Für Arbeit muss es eine entsprechende tarifgerechte Bezahlung geben und auch tarifrechtliche Vereinbarungen. Es geht hier um die Arbeitnehmerrechte und nicht um Gewinnmaximierung. Ziele also, die mit einer medienpolitischen Verantwortung etwas zu tun haben. Die können wir eigentlich nur jeden Tag publizieren. Diese Verantwortung muss eingefordert werden. Das geht nur gemeinsam.

Wollen wir wieder zu lebbareren Verhältnissen in den Verlagen zurückkommen? Dann müssen wir höchstwahrscheinlich gemeinsam dafür noch kräftiger kämpfen. Denn wenn keine Gegenwehr da ist, dann werden das die Geschäftsführer und die Verlage natürlich auch merken, und so weiter machen. Die, die sich ihrer Verantwortung in den vergangenen Jahren entzogen haben, auch die müssen wieder dazu überredet werden, in die Verantwortung zu gehen, um diesen Abwärtstrend zu beenden, damit der Aufschwung im Verlagsgeschäft endlich auch unten ankommt.

Holger Artus

Organisiert Euch rechtzeitig!

Wenn man von Pressevielfalt redet, wenn man von der Rolle der Politik redet, dann muss man sagen: Es ist diese Bundesregierung am Beispiel des Innenministers Schäuble, der mit der Vorratsdatenspeicherung dazu beiträgt, dass der bestehende Schutz für Journalistinnen und Journalisten, das Medienprivileg auch auszuüben, in Form des Informantenschutzes untergraben und zerstört wird. Es ist staatlicherseits ein Angriff auf die Medien zu verzeichnen. Und das nicht nur mit diesem Vorratsdatenspeicherungsgesetz.

Wer auf das G8-Treffen zurück schaut, was hier passiert ist, was im Umfeld des G8 von staatlicher Seite aus organisiert worden ist, ist erschüttert. Als Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Morgenpost, einer Boulevardzeitung, weiß ich: Unsere Post ist unter dem Vorwand, so genannte terrormilitante Gruppen zu beobachten, durchsucht worden.

Es waren Parteien aus dem Bundestag, aus dem BND-Untersuchungsausschuss, die Verfahren angeleiert haben gegen Journalisten von Stern, Spiegel, Süddeutsche und anderer Medien, weil sie aus Unterlagen des Untersuchungsausschusses berichtet haben. Sie sind von der Staatsanwaltschaft verfolgt worden.

Wenn über Pressevielfalt geredet wird, wenn über die Rolle der Politik gesprochen wird, darf man nicht vergessen: Es sind auch staatliche Stellen, die die Pressefreiheit gefährden.

Wenn man über Pressevielfalt redet, dann redet man über Strukturen. Wie ist die Medienlandschaft aufgestellt? Man redet darüber, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen, dass die Renditeabsicht dazu führt, dass durch Optimierungen Arbeitsbedingungen verschlechtert, dass Ausgaben reduziert werden. Wie geht es weiter mit der Vielfalt? Wie geht es weiter mit dem Mantel? Ganz egal wo.

Es ist eine Frage, ob Politik etwas tut, ob die Beschäftigten in der Redaktion, im Verlag kraftmäßig in der Lage sind, diese Auseinandersetzung zu führen. Gegen die gewerbliche Macht der Verlage hilft nur Arbeiterinnen- und Arbeitnehmer- bzw. Redaktionsmacht. Bei allem was stattfindet um die Frage Vielfalt: Wir müssen es schaffen, in den Redaktionen, zwischen Redaktion und Verlag und Druckerei uns so zu organisieren, dass wir die eigentliche Frage, weshalb das passiert, angehen können. Denn den Verlagen, denen ist an Qualität gelegen. Die haben ja gar nicht vor, irgendetwas schlechter zu machen. Für die eine Frage, wie erreichen sie ihre Renditen und wie setzen sie sie durch? Und das führt zu Personalabbau. Das führt zu der Überlegung: Ich brauche eine höhere Rendite. Also mache ich einen Mantel. Und da ist die eigentliche Frage, sind wir organisiert in der Lage, uns dagegen zu wehren und uns durchzusetzen.

Zur Bestandsaufnahme Mecklenburg-Vorpommern. Aus der Vorgeschichte der DDR, mit den Blättern der SED und der Blockparteien, ist eine monopolisierte Zeitungslandschaft geblieben. Wie in anderen Bundesländern hat sie sich auch hier in den letzten zehn Jahren nicht grundlegend verändert. Es sind vier Zeitungen, die den Markt in Mecklenburg-Vorpommern beherrschen. Das ist die Ostsee-Zeitung, das ist die Schweriner Volkszeitung, das ist der Nordkurier, aber – vergessen darf man sie nicht – das ist auch die BILD-Zeitung. Die BILD-Zeitung verkauft hier immerhin 82 000 Exemplare. Die BILD ist keine regionale Tageszeitung und kann auch für sich nicht in Anspruch nehmen, regionale Themen zu bieten.

Alle regionalen Zeitungsverlage in Mecklenburg-Vorpommern haben ihr Nebengeschäft über die Jahre ausgebaut, etwa im Segment der Anzeigenblätter. Von den 2,4 Millionen verteilten Anzeigenblättern hier beherrschen die drei Zeitungsverlage über 80 Prozent der Auflage. Das ist im Verhältnis zu der Bundesrepublik ein Übermaß an Konzentration.

Zu der Bestandsaufnahme gehört auch, dass die Zeitungsverlage alle am regionalen Radiomarkt beteiligt sind. Dem sind gegenwärtig noch technische und staatliche Grenzen gesetzt. Am regionalen Radio-

markt aber gibt es indirekte Beteiligungen der Verlage, etwa bei Antenne Mecklenburg-Vorpommern.

Auffallend ist, dass die Lesereichweite der Zeitungen nach wie vor sehr groß ist. Mecklenburg-Vorpommern liegt an Platz 6 vor Nordrhein-Westfalen, vor Bayern oder vor Baden-Württemberg. Auffallend ist, bedingt durch die Geschichte, die Zeitungsdichte: In der Bundesrepublik liegt sie bei 1,5, in Mecklenburg bei 1,0. Das heißt: In der Bundesrepublik haben etwa 50 Prozent aller Bürger in den Regionen die Möglichkeit zwischen zwei Zeitungen zu wählen, etwas mehr als 50 Prozent. In Mecklenburg ist es eben nur eingeschränkt.

Im Grunde genommen gibt es hier nur wenige Überschneidungsgebiete. Das ist einmal in Grevesmühlen, dann Rostock. Das sind auf jeden Fall ganz wenige Wettbewerbsgebiete. Vor diesem Hintergrund ist das, was passiert, am Beispiel des Mantels Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung eine Forcierung der Konzentration im regionalen Zeitungsmarkt. Die Anzahl der Ausgaben der Blätter der drei regionalen Tageszeitungen ist in den letzten 15 Jahren gleich geblieben. Wir haben es nicht damit zu tun, dass die Ausgaben reduziert wurden.

Im Zeitungsmarkt insgesamt, also nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, gibt es ein Motiv, weshalb es zu Veränderungen in den Verlagen kommt. Der deutsche Markt ist in einer Konsolidierung. Das heißt, das was heute noch den Markt beherrscht, wird in 20 Jahren wesentlich größer zusammengesetzt sein. Diese Auseinandersetzung, wer wird in diesem deutschen Zeitungsmarkt welche Rolle einnehmen, bestimmt auch, was in Mecklenburg-Vorpommern passiert. Es ist kein Zufall, dass die Ostsee-Zeitung und Lübecker Nachrichten als Springer-dominierte Blätter hier aktiv werden. Es ist auch nicht zu übersehen, dass der Nordkurier als Gesellschafter zwar noch regionale Akteure hat wie die Augsburgische Allgemeine, die aber auch versuchen, auf dem Markt eine Rolle zu spielen.

Diese Konsolidierung im deutschen Zeitungsmarkt wirkt sich auf die Printmedienlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns und zwar einmal unmittelbar in den Etatplanungen aber auch mittelbar. Wenn man irgendwo in Augsburg eine positive Erfahrung macht, wie man optimiert, um seine Marktstellung und Liquidität zu verbessern, dann wird das auch hier umgesetzt.

Elementar ist der Prozess der Digitalisierung. Ein Stichwort ist Online. Selbstverständlich wollen die Zeitungsverlage an der Dynamik des Online-Marktes teilhaben. Der ist zwar klein, je nach Angaben zwischen drei bis fünf Prozent. Aber die Dynamik ist nicht zu übersehen. Das heißt, die Werbewirtschaft investiert einen Teil ihres Engagements in Online und jeder Verleger sagt: Da rennt mir Umsatz weg.

Das heißt, die Verlage müssen an dieser Dynamik partizipieren, wenn nicht andere Akteure diesen Markt übernehmen sollen. Das äußert sich dann in einer Online-Strategie. Da gibt es den berühmten Satz von David Montgomery von der BV Deutsche Zeitungsholding, der gesagt hat, man müsse den Anzeigenmarkt, das Anzeigengeschäft, stärker in die Redaktion holen.

Ein Akteur in der Digitalisierung der Medien ist unter anderem REGIOCAST – das ist der Zusammenschluss der Zeitungsverlage um Radio Schleswig-Holstein. 2015 wird UKW analog abgeschaltet und es wird digital gesendet. In diesem neuen Hörfunkmarkt wollen sich die Verlage engagieren. Sind sie sehr aktiv.

Das heißt für die Redakteurinnen und Redakteure: Bisher wurde für Print produziert. Es wird irgendwann für Online produziert und es wird auch künftig für Radio produziert. Für die Arbeitsbedingungen heißt das exemplarisch: Wer heute für ein Printprodukt schreibt, geht morgens um 11:00 Uhr zu einem Termin, schreibt den Text, um 16:00 Uhr ist er im Blatt. Künftig heißt das: um 9:00 Uhr ist die Pressekonzferenz, um 10:00 Uhr schreibe ich meinen Online-Text, um 14:00 Uhr mache ich meine Printversion fest. Das sind Auswirkungen des Digitalisierungsprozesses.

Letzte Anmerkung von mir zu den Herausforderungen: Über Montgomery wird ja sehr viel geredet. Die Renditen, die da gehandelt werden, achtet mal darauf, was die anderen Verleger dazu sagen. Die schweigen. Bei Montgomery geht es um die Frage, wie hoch ist die Rendite vor Steuern und vor Abschreibungen. 15 bis 17 Prozent EBITA-Renditen – das sind keine schwindelerregenden Summen im Verhältnis zu dem, was andere Verlage an Gewinn einfahren. Die BILD-Zeitung fährt eine EBITA-Rendite von 38 Prozent ein. Es wird nur stark instrumentalisiert, weil es natürlich schön ist, auf so einen Burschen zu verweisen, der eine Aktiengesellschaft hat und hinter dem Interessengruppen stehen, die die größten Pensions-Fonds in England verwalten. Das sind riesige Fonds, die die Renten der englischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer absichern. Der Montgomery ist nicht Eigentümer dieser Gesellschaft, sondern es sind die Shareholder, die das bestimmen.

Was ist der Maßstab für Renditen? Welche Rolle spielen wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gestaltung von Etat-Planungen, bei der Ausstattung der Redaktion usw.? Können sie sich gegen eine Renditevorstellung von X stellen? Ich sage, wir müssen uns wesentlich mehr in diese Fragen einmischen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Es sind die drei Herausforderungen: die Konsolidierung, es ist der Prozess der Digitalisierung und es ist der Prozess der Versuch der Umverteilung und der Renditenorientierung. Gerade letzterer findet gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern in unterschiedlichen Ausprägungen massiv statt. Das betrifft – Holtzbrinck lässt grüßen – Bereiche wie die Informationstechnologie der Verlage, die man ausgliedern und zentralisieren kann, wie auch die redaktionellen Bereiche – Stichwort gemeinsamer Mantel.

Wie sehen unsere Reaktionsmuster auf diesen Prozess aus? Wir haben in der Hamburger Morgenpost, Teil der Deutschen Zeitungsholding unter Montgomery, vor 2 Jahren gesagt: Rendite drückt sich darin aus, wie die Redaktion ausgestattet ist. Sie drückt sich unter anderem darin aus: Wie ist die Flexibilität der Redaktion, also wie ist die Anzahl der Zeitverträge? Wir haben eine Kampagne gestartet: Stoppt die Zeitverträge – alle müssen entfristet werden. Dafür haben wir zwei Tage gestreikt – in Intervallen, nicht den ganzen Tag durch. Im Ergebnis haben wir erreicht, dass alle Zeitverträge entfristet worden sind.

Der Plan der Leitung wurde grundsätzlich durchkreuzt, also das Geschäftsmodell, natürliche Fluktuation ausnutzen, Zeitverträge einsetzen, um künftig die Planstellen, wenn sie auslaufen, nicht mehr zu besetzen. Das Gleiche findet auf wesentlich höherem Niveau aktuell in der Berliner Zeitung statt. Da wehren sich die Kollegen, sagen zu Montgomery: Überprüf Deine Geschäftsidee! Im Kern geht es auch dort darum, was er an redaktionellem Personal zur Verfügung stellt, dass Planstellen besetzt werden.

Diese Beispiele zeigen, wie wesentlich es ist, dass der Selbstorganisationsprozess in den Redaktionen gefördert wird. Der Ausschussvorsitzende der Berliner Zeitung hat mir Grüße aufgetragen und einen zentralen Satz: Organisiert Euch rechtzeitig! Ob es eine Massenbewegung gibt für ein Redaktionsstatut, ist nicht entscheidend. Wir haben eine Selbstverantwortung, uns zu organisieren, weil die Auseinandersetzung mit den Verlagen, mit ihren Geschäftsideen, mit ihrem Vorgehen entscheidet, wie es um Qualität und Vielfalt bestellt ist.

Es ist die Frage: Sind wir selbstbewusst? Stärkt die Gewerkschaften. Seid aktiv. Wir müssen es sein.

Michaela Christen

Angst macht stumm

Es hörte sich gar nicht schlecht an, als die neuen Besitzer des Zeitungsverlags Schwerin (ZVS) das erste Mal vor die Belegschaft traten. Ein „Zusammengehen auf Augenhöhe“ sollte es werden, bei dem jeder seine Stärken zum Tragen bringen könne. Keine Einbahnstraße sollte es werden, bei der die Arbeit von Ost nach West verlagert würde. Die Realität sieht etwas anders aus.

Am 18. März 2005 übernahm der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag Flensburg (sh:z) die Schweriner Volkszeitung vom Burda-Verlag in München. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Blatt mit neun Lokalausgaben sowie einer Brandenburg-Ausgabe in der Prignitz (Der Prignitzer) und einer Rostock-Ausgabe (den Norddeutschen Neuesten Nachrichten NNN) eine Auflage von 122 800 Exemplaren. Das Unternehmen beschäftigte damals noch 365 Mitarbeiter (einschließlich NNN). Inzwischen ist die Auflage auf 116 200 gesunken und die Beschäftigtenzahl auf 257.

Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (sh:z) ist zwar die auflagenstärkste Titelgruppe in Schleswig-Holstein, gehört aber keinem der sechs marktbeherrschenden Verlage an, die inzwischen rund die Hälfte des deutschen Tageszeitungsgeschäfts auf sich vereinen.

Der sh:z ist ein mittelständisches Unternehmen. Seine 14 Tageszeitungen in Schleswig-Holstein erreichen eine Gesamtauflage von 188 422 Exemplaren. Der sh:z beschäftigt nach eigenen Angaben rund 650 Mitarbeiter in Verlag und Redaktion. Sitz von Geschäftsführung und Chefredaktion ist Flensburg. Ein modernes Druckzentrum ist seit 2000 in Büdelsdorf im Entstehen.

Zum 1.1.2008 wurden die sh:z GmbH und der Zeitungsverlag Schwerin, in dem die SVZ und mehrere Anzeigenblätter erscheinen, als Profitcenter unter das Dach einer neu gebildeten Medien-Holding Nord GmbH gestellt. In der Dachgesellschaft sind Verlagsfunktionen, Rechnungswesen und Controlling konzentriert. Die Holdingbildung hat nach Angaben der Geschäftsführung strategische Gründe. Sie sei ein rein verwaltungstechnischer Akt, erklärte Geschäftsführer Keffler im November auf einer Betriebsversammlung in Flensburg. Die Holding soll die Voraussetzungen für weitere Zukäufe schaffen, für noch größere Kostentransparenz sorgen und den Wettbewerb unter den Tochtergesellschaften und Standorten erhöhen. Tarifverträge sollten weiter gelten.

Zwischen März 2005, dem Verkauf der SVZ, und Januar 2008 ist viel passiert. Vor allem sind eine Menge Arbeitsplätze am Standort Schwerin verschwunden. Das kann nicht überraschen. Schon bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem Betriebsrat machte Geschäftsführer Azmayesh deutlich, dass rund ein Drittel der Arbeitsplätze innerhalb der nächsten Jahre verschwinden werden. Wörtlich: „Auch mit 200 Mitarbeitern wird der ZVS noch einer der größten Arbeitgeber in Schwerin sein.“ Unter großem Zeitdruck wurden bis Mitte Oktober 2005 ein Interessenausgleich und Sozialplan zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung erarbeitet.

Parallel lief ein Investitionsprogramm im Druck und in der Redaktion an. Hierbei ging es allerdings nicht nur um Rationalisierungsmaßnahmen, sondern auch um die Verbesserung des Produktes und der Technik. Seit Ende Oktober 2005 erscheint die SVZ durchgängig in Farbe. Das Blatt feierte dies sogar mit einer schicken Sonderbeilage unter dem Titel „Die Welt ist bunt“.

Zeitgleich wurden die ersten Kündigungen im Druck und der Weiterverarbeitung verschickt. „Farbenfroh ins Arbeitsamt“, so kommentierte dies ein kundiger SVZ-Leser im Schwerin.blog. Der Widerstand der Mitarbeiter gegen die Entlassungen, die sich in mehreren Wellen zeitnah zu den erfolgten Investitionen vollzogen haben, hielt sich in Grenzen. Zu öffentlichen Protesten der Belegschaft kam es nicht. Angst macht stumm. Der Betriebsrat konnte zusätzlich zum Sozialplan Transfermaßnahmen für die entlassenen Mitarbeiter vereinbaren.

Als nächstes wurde in der Redaktion mit IntelliTune ein neues Redaktionssystem eingeführt, das dem Standard des Flensburger Mutterhauses entspricht. Inzwischen wurden auch die Zeitungsformate angeglichen. Ein Erfordernis des Anzeigenbereichs, wie es hieß.

Praktisch sind damit die Voraussetzungen für den problemlosen Austausch ganzer Zeitungsseiten und -beilagen bzw. das arbeitsteilige Erstellen eines gemeinsamen Redaktionsmantels gegeben. Auch für Streiksituationen ist das ein nicht zu unterschätzender strategischer Vorteil. Durch die Investitionen gingen auch in den Redaktionen viele Arbeitsplätze verloren, wobei die Journalisten eher indirekt betroffen sind. Weggefallen sind vor allem die Stellen für Hersteller und Redaktionssekretärinnen.

Die Redakteure mussten zusätzliche Aufgaben übernehmen, die inzwischen bis zum Verschicken von Belegexemplaren und zur Bedienung eines automatischen Honorarabrechnungssystems reichen.

Die Arbeitsverdichtung nimmt dadurch immer weiter zu und so tendenziell auch die Zahl der unentgeltlich geleisteten Überstunden.

Selbstausschöpfung ist ein weit verbreitetes Phänomen unter Journalisten. Sie wird heutzutage von den Verlegern ganz bewusst einkalkuliert und, wo nötig und möglich, auch gezielt herausgekitzelt. Die inzwischen überall in Mode gekommenen Großraumbüros erhöhen die soziale Kontrolle ungemein. Es gibt heute im SVZ-Verlagsgebäude in Folge der Entlassungen zwar viele leer stehende Büros. Dennoch sitzen die verbliebenen Mitarbeiter so eng aufeinander, dass ungestörte Vier-Augen-Gespräche kaum noch möglich sind.

Vor allem junge Kollegen, die durch hohen persönlichen Einsatz eine der wenigen Festanstellungen oder überhaupt einen Jahres- bzw. Pauschalvertrag ergattert haben, scheuen keine 12-Stunden-Tage. Initiativen des Betriebsrats zur Arbeitszeiterfassung verlaufen regelmäßig im Sande. Die Geschäftsführung hat natürlich kein Interesse daran, die Kollegen in den Redaktionen schreiben ihre Überstunden nicht auf – und das, obwohl sich die schweren gesundheitlichen Problemfälle häufen.

Zurück zur Einführung des Redaktionssystems: Hier versuchte der Betriebsrat 2006, seine Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und mit einer Betriebsvereinbarung den Missbrauch der Technik für ungerechtfertigte Leistungsüberprüfungen auszuschließen. Verhandlungen über eine entsprechende Betriebsvereinbarung verliefen über Monate ergebnislos.

Als der Betriebsrat schließlich die Blockade durch die Einsetzung einer gerichtlichen Einigungsstelle aufbrechen wollte, da das Redaktionssystem bereits kurz vor dem Start stand, kam es zu einer unerwarteten Eskalation: Die Gesellschafter warfen dem Betriebsrat, der nur gesetzlich verbrieft Mitbestimmungsrechte wahrnehmen wollte, vor, die Investitionen zu behindern und der Geschäftsführung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Sie kündigten den Stopp sämtlicher Investitionen und weitere 100 Entlassungen an. In Schwerin sollte nur noch eine Art Lokalredaktion verbleiben. Behinderung der Betriebsratsarbeit ist dafür wohl eher eine schmeichelhafte Umschreibung. Gezielte Einschüchterung trifft es schon eher.

Ob dies ein Bluff war oder nicht, darüber kann heute nur spekuliert werden. Die Drohung hatte jedenfalls die erhoffte Wirkung. Belegschaft und Betriebsrat waren stark verunsichert. Mitarbeiter des Hauses sammelten Unterschriften gegen den Betriebsrat, namentlich den langjährigen und gerade mit überwältigender Mehrheit frisch gewählten Betriebsratsvorsitzenden.

Der Betriebsrat rief die Einigungsstelle dann doch nicht an und versuchte in dieser Situation den Schaden zu begrenzen. Betriebsratsvorsitzender Roland Zaharzewski trat zurück. Der Betriebsrat formierte sich neu, zur Betriebsratsvorsitzenden wurde Heidrun Wahls gewählt, die sich für diese Aufgabe aber nicht mehr freistellen ließ.

Wie ging es 2007 weiter?

Der Abbau von Arbeitsplätzen ist im vergangenen Jahr fortgesetzt worden. Nach Berechnungen des Betriebsrates haben inzwischen 107 Mitarbeiter das Unternehmen verlassen. Der Betriebsrat, der es in den Sozialplanverhandlungen abgelehnt hatte, einer Namensliste zu kündigender Personen zuzustimmen, konnte hier lediglich dafür Sorge tragen, dass bei den Kündigungen die Sozialauswahl eingehalten wurde.

Zur Vorbereitung auf die Bildung der Medien-Holding mit übergreifenden Verlagsfunktionen in Flensburg wurde das gesamte Rechnungswesen und Teile des IT-Bereichs in Schwerin geschlossen. Die Bereiche wanderten von Ost nach West. Teilweise haben die Schweriner Kollegen noch geholfen, dort die entsprechende Software einzuführen. 15 Kolleginnen erhielten im Rechnungswesen die Kündigung, einigen wurden Arbeitsplätze in Flensburg angeboten. Zwei Kollegen haben dieses Angebot angenommen.

Ein zweiter Trend ist die Rückkehr in die Fläche, die mit einem Comeback der unter Burda dicht gemachten Geschäftsstellen einhergeht. In den fünf neu geschaffenen Geschäftsstellen sind zwölf neue Arbeitsplätze entstanden.

Die Anzeigenblätter sind aus dem Verantwortungsbereich der Redaktion in die Anzeigenabteilung gewechselt. Die Arbeit dort wurde neu strukturiert. Redakteure werden zunehmend durch billige Pauschalkräfte ersetzt. In der Redaktion der SVZ wurden die angekündigten Umstrukturierungen umgesetzt. Es gibt dort keine Sekretariate und Hersteller mehr. Das Archiv wurde geschlossen, das Fotolabor ebenfalls.

Der Online-Auftritt wurde umgestaltet und personell verstärkt. Dort sind jetzt zwei Volontäre im Schichtbetrieb im Einsatz. Die Nutzerzahlen sind durch diese Maßnahmen rasant gestiegen: SVZ.de ist im Januar 2008 der reichweitenstärkste Online-Dienst in MV geworden und hat OZ.de nach Jahren der Marktführerschaft abgelöst. 222 200 Nutzer haben svz.de im Januar besucht, ein Zuwachs von 38 Prozent gegenüber dem Vormonat und von 88 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Ein automatisches Honorarabrechnungssystem wurde eingeführt, in dessen Folge die Honorarbuchhaltung von Flensburg aus erfolgen kann.

Im Mantel ist die Arbeit inzwischen in zwei Großraumbüros („Pool 1“ und „Pool 2“) organisiert, deren Arbeit immer enger verzahnt wird. Die Hierarchien sind flacher geworden: Während es zu Burda-Zeiten gleich drei stellvertretende Chefredakteure und einen Chef vom Dienst gab, wird die Redaktion nunmehr durch einen Chefredakteur und zwei geschäftsführende Redakteure – einen für Technik und einen „Blattmacher“ – gesteuert.

Ressortgrenzen sind weitgehend aufgebrochen worden, obwohl es nach wie vor eine fachliche Spezialisierung der Redakteure auf bestimmte Themen (Wirtschaft, Kultur, Landespolitik, Ratgeber) gibt.

Für die Lokalredaktionen zeichnet sich ein Trend zu übergreifenden Regionalredaktionen ab, in denen mehrere Lokalredaktionen unter einer gemeinsamen Leitung zusammenarbeiten.

Für alle Bereiche wurden strenge Honorarbudgets festgelegt, für deren Einhaltung die Ressort- bzw. Lokalchefs in die Verantwortung genommen werden. Dies hat zu einem hohen Kostenbewusstsein in den einzelnen Bereichen geführt und teilweise auch zu Honorarkürzungen und Kündigungen für freie Mitarbeiter.

Unübersehbar ist ein Trend zum Unterlaufen der Tarifverträge: So werden Redakteursstellen, die durch das Ausscheiden älterer Mitarbeiter frei werden, wenn überhaupt, durch freie Mitarbeiter (Pauschalisten) ersetzt. Deren Vertragsbedingungen sind je nach Verhandlungsgeschick recht unterschiedlich geregelt.

In der Regel werden sie voll in Dienstpläne einbezogen, aber wesentlich schlechter bezahlt als Festangestellte. Sie sind damit Redakteure zweiter Klasse, deren Verträge jederzeit gekündigt werden können.

Immerhin hat der s:hz Ordnung in die teilweise skandalösen Vertragsverhältnisse gebracht. Einige Pauschalisten hatten nicht einmal schriftliche Verträge und bekamen keinen bezahlten Urlaub. Hier gab es Verbesserungen. Alle Pauschalisten haben nach Auskunft der Geschäftsführung inzwischen einen schriftlichen Vertrag und bekommen vier Wochen bezahlten Urlaub.

Was folgt aus all dem für Pressevielfalt und -qualität?

Erstens: Die Investitionmaßnahmen des s:hz in Schwerin dienen nicht nur der Gewinnmaximierung. Sie waren zur Sicherung der Produktqualität und des Produktionsstandorts unverzichtbar.

Vor der Übernahme durch den sh:z hat es einen Investitionsstau gegeben. Der Innovationsschub durch den Einsatz neuer Technik war überfällig.

Der Zeitungsverlag Schwerin dürfte die Verlustzone inzwischen verlassen haben, da die Kosten wesentlich schneller gesunken sind als die Umsätze. Einblick in die aktuellen Geschäftszahlen wird dem Betriebsrat allerdings unter Verweis auf den Tendenzschutz nicht gewährt.

Im Anzeigengeschäft gibt es nach Aussagen der Geschäftsführung noch immer Rückschläge durch das Abspringen von überregional agierenden Großkunden.

Zweitens: Es klingt zwar paradox, aber Kostensenkung geht zwar auf Kosten der Mitarbeiter, aber kurzfristig nicht zwingend mit einem Verlust an Qualität einher.

Auf die langfristigen Folgen, die irgendwann auch auf die Qualität durchschlagen, bin ich ja bereits eingegangen.

Umso mehr Respekt für die Mitarbeiter und das Vollbrachte. Der Auflagenschwund der SVZ hat sich in den letzten zwei Jahren halbiert. Das Blatt ist in den vergangenen fünf Jahren sechs mal mit dem Zeitungs-Oscar für besondere Seitengestaltungen ausgezeichnet worden. Im vergangenen Jahr erhielt die Redaktion für eine Sonderbeilage zum Tag der Deutschen Einheit einen Sonderpreis der Adenauer-Stiftung. Letztes Jahr war die SVZ bei Deutschlandradio die am häufigsten zitierte Regionalzeitung bei Meinungsbeiträgen.

Drittens: Über die reine Standortsicherung hinaus sind technische Voraussetzungen geschaffen worden, die eine arbeitsteilige Erstellung des Redaktionsmantels bis hin zur vollständigen Konzentration der Mantelredaktion auf einen Standort möglich machen.

Möglicherweise wird man das Springer-Experiment eines gemeinsamen Mantels für Ostsee-Zeitung und Lübecker Nachrichten abwarten und seine Schlüsse daraus ziehen. Der Betriebsrat rechnet damit, dass auch die Flensburger Medien-Holding auf dieses Kostensenkungspotential nicht verzichten wird.

Viertens: Falls es auch im sh:z zu einem gemeinsamen Redaktionsmantel kommen sollte, muss dies nicht zwangsläufig zu Lasten des Schweriner Standorts gehen.

Schwerin hat als Standort der gemeinsamen Mantelredaktion keine schlechten Karten, was Qualität und Effizienz der Arbeit betrifft. Mit dem Ausbau von als modernem Druck- und künftig wohl auch als Verlagsstandort ist eine Konzentration des Mantels sowohl in Flensburg als auch in Büdelsdorf möglich. Durch die neue strategische Ausrichtung des Verlags als Medienholding und die wirtschaftliche Konsolidierung des ZVS werden weitere Zukäufe von Tageszeitungen bzw. Anzeigenblättern wahrscheinlicher. Dass der sh:z in Vergangenheit bereits ein Auge auf den Nordkurier geworfen hat, ist in der Verlagskreise kein Geheimnis. Dann allerdings dürfte sich die Frage eines gemeinsamen Redaktionsmantels wieder ganz neu stellen.

Fritz Krüger

Von der Realität eingeholt

Anfangs lief beim Nordkurier doch alles prächtig für uns. Das Gehalt wurde relativ schnell dem Westniveau angeglichen, auch wenn wir dafür länger arbeiten mussten. Themen gab es für die Redaktionen angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche genug. Und auch mit dem damaligen Chefredakteur, der aus Augsburg kam, konnten wir – auf Basis friedlicher Koexistenz – gut leben. Trotz unterschiedlicher Biografien: man respektierte sich.

Das Anzeigengeschäft boomte, die Leser waren neugierig auf unsere Artikel und die Zeitung für alle finanziell erschwinglich.

Aus heutiger Sicht klingt das wie ein Märchen aus einer längst vergangenen Zeit. Die kapitalistische Realität hat uns inzwischen mit voller Wucht eingeholt. Spätestens vor gut sechs Jahren gab es die ersten ernsthaften Brüche. Auflagenrückgang und sinkende Werbeeinnahmen erreichten unseren Verlag.

Erste harte Sparmaßnahmen wurden durchgesetzt. Und was fällt piffigen Unternehmern und Geschäftsführern dann als erstes ein? Richtig. Die Geldbörse der Mitarbeiter!

Die Arbeitszeiten im Druck und im Verlag wurden mit entsprechendem Lohnausfall kräftig reduziert, Schichten so verlegt, dass Zuschläge unter den Tisch fielen und auch Urlaubsgeld und Jahresleistungen fielen zu Teilen dem Rotstift zum Opfer.

Viele Beschäftigte haben das anfangs ohne zu murren geschluckt. So verschwanden über die Jahre die Euros nur so aus ihren Taschen. Verglichen mit dem Lohn vor fünf Jahren bringen viele Kollegen in Druckerei, Versand und Verlag heute gut 200, 300 bis 500 Euro pro Monat und manche gar 600 Euro weniger nach Hause. Und einige müssen dafür auch noch länger arbeiten.

Auf dem Höhepunkt des damaligen Spartrips ist in der Mantelredaktion vor fünf Jahren ein Viertel der Redakteure entlassen worden. Sie konnte sich zwar wegen fehlerhafter Sozialauswahl alle wieder einklagen, wurden aber in die Lokalredaktionen versetzt. Dafür sind dort befristete Verträge ersatzlos ausgelaufen.

Mehrere Kolleginnen und Kollegen teilen sich inzwischen Jobs. So hat sich in den vergangenen fünf Jahren zwar die Zahl der Beschäftigten nur unwesentlich vermindert. Aber die Zahl der Vollzeitstellen in den Redaktion ist um etwa zehn Prozent gesunken. Das bleibt natürlich nicht ohne negative Auswirkungen auf die Zahl der Eigenbeiträge, auf gut recherchierte Exklusivberichte aus der Region und damit auf die Qualität und den Mehrwert der Zeitung für den Leser. Die Preise für die Zeitung allerdings sind kontinuierlich gestiegen. So kam es zeitweise, dass der Nordkurier die teuerste Zeitung im Osten gleichzeitig auch die dünnste war.

Die Belegschaft ist gegenwärtig erneut ins Visier der Gesellschafter geraten. Die Besitzer wollen, wie sie verkünden, wieder „mehr Spaß“ am Kurierverlag haben. Sie meinen aber nur eines: höheren Profit.

Unser wichtigstes Ziel als Betriebsrat ist es deshalb, den Kolleginnen und Kollegen Selbstwertgefühl und Standfestigkeit zu vermitteln. Sie müssen ihre, wenn auch noch so bescheidenen, Rechte kennen, sich wieder mehr um ihre eigenen Belange kümmern und für ihre ureigensten Interessen gerade machen. Das kann ihnen niemand abnehmen!

Mit wachsendem Verständnis in der Belegschaft stehen und fallen die Effizienz und der Erfolg der Betriebsratsarbeit. Die Beschäftigten sollten sich nicht vor den in jüngster Zeit stark zunehmenden Angriffen auf ihre Rechte kampfflos ergeben.

Der Druck auf die Belegschaft verstärkt sich bei uns gegenwärtig enorm. So hat sich unser Unternehmen im Mai 2007 einseitig aus der Tarifbindung verabschiedet. Allein darin liegt genügend Sprengstoff. Auch wenn für die bereits im Unternehmen Tätigen sich erst einmal wenig ändert, drohen gewaltige Einbußen und damit auch ein weiterer Qualitätseinbruch.

Die Geschäftsführung will über Arbeitsbedingungen am liebsten mit den Gewerkschaften gar nicht mehr verhandeln. Sie täte es lie-

ber mit einem Betriebsrat. Allerdings sanftmütig sollte der schon sein und gefälligst das unterschreiben, was die Geschäftsführung vorlegt.

Da sie den bei uns gegenwärtig aber nicht vorfindet, hat sie den festen Willen, den jetzigen Betriebsrat in die Luft zu sprengen. Teile und herrsche, dieses seit Jahrtausenden funktionierende Prinzip findet auch heute noch volle Anwendung. Am besten wird dann noch Angst um den Arbeitsplatz geschürt und die so entstandene Situation ausgenutzt, um die einzelnen Unternehmensteile gegeneinander auszuspielen.

Gerne würde die Geschäftsführung individuelle Lösungen mit jedem Einzelnen abkaspeln, wohl wissend, dass dann die Widerstandsfähigkeit – wenn überhaupt noch vorhanden – stark eingeschränkt ist.

Wir haben versucht, die Belegschaft in den zurückliegenden Wochen zu sensibilisieren, dass das für sie die denkbar ungünstigste Variante wäre. Denn dann treten Mitarbeiter allein ihrem Chef gegenüber. Wer da am längeren Hebel sitzt, dürfte klar sein.

Wohin die Reise im Kurierverlag künftig geht, wird immer deutlicher. Mit der Aufspaltung des bis Jahresende existierenden alten Kurierverlages in jetzt sieben eigenständige Unternehmen haben sich die Gesellschafter eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion geschaffen, in der alle denkbaren Einschnitte möglich sind. Auch wenn sich nicht alles realisieren lassen wird, das gibt zumindest eine hervorragende Drohkulisse ab.

So ist vom Verkauf einzelner überschaubarer Einheiten über Leiharbeit mit Bezahlung weit unter den bisher geltenden Tarifen bis zur Auslagerung weiterer Arbeiten oder die Fremdvergabe einzelner Aufgaben alles denkbar.

Auch der Zukauf ganzer Teile wie des Zeitungsmantels – Rostock lässt grüßen – und die „Freisetzung“ von Mitarbeitern ist so relativ einfach realisierbar. Dies wiederum hätte erhebliche Konsequenzen auf die Qualität und Eigenständigkeit der regionalen Zeitung.

Die ersten individuellen befristeten Verträge wurden vom Unternehmen bereits deutlich unter den tariflichen Konditionen abgeschlossen. Aber einen anderen Maßstab als die Tarife gibt es im Unternehmen derzeit nicht. Auf die Frage, wie die Bezahlung zu Stande kommt, antwortet die Firmenleitung lapidar, die Stundenlöhne seien „marktüblich“ und „frei vereinbart“ worden. Welch komfortable Bedingungen – allerdings nur für die Firmenleitung.

Damit erhöht sich das Druckpotenzial auf alle Beschäftigten enorm. Schließlich gibt es immer jemanden, der es schneller und billiger machen könnte.

Dass die Qualität dabei auf der Strecke bleibt, wird billigend in Kauf genommen.

O-Ton eines ehemaligen Geschäftsführers: Er kann auch mit Qualitätseinbußen leben, wenn der Leser es nicht merkt. Was er nicht erwähnt hat ist, dass es bereits viel zu spät ist, wenn es der Leser erst einmal merkt.

Und mit dieser Situation wird von der Firmenleitung immer wieder Druck aufgebaut, der immer noch viele Beschäftigte lähmt.

Außerdem treten jetzt bereits die einzelnen Betriebe in Konkurrenz zueinander und werden – wenn es nach Ansicht der Geschäftsführung sein muss, um weitere Einschnitte vorzubereiten – gegeneinander ausgespielt.

Auch die Betriebsratsstruktur ist Zielscheibe von Angriffen. Offiziell wird das natürlich dementiert. In der Praxis aber wurde alles unternommen, um die jetzige Interessenvertretung zu demontieren.

So ist Äußerungen von Führungskräften und des Rechtsanwalts der Firma zu entnehmen, dass die strukturellen Veränderungen auch dem Ziel dienen, im gesamten Unternehmen vorzeitige Neuwahlen zu erzwingen. Mit der jüngsten Ausgliederung der Druckerei sind sie fast am Ziel. Es läuft darauf hinaus, dass es künftig für die Betriebsratsarbeit keine Freistellung mehr geben müsste.

Das alles, was bei uns gegenwärtig geschieht, ist mit bekannten Namen verbunden. Die Unternehmensberatung Schickler hat seit langem ihre Finger im Spiel. Ein gewisser Professor Weberling spielt den juristischen Part und tummelt sich dabei auch gern einmal in rechtlichen Grauzonen umher. Und als Vollstrecker hat man sich Lutz Schumacher geholt, der nicht zuletzt durch den Rausschmiss einer ganzen Redaktion in Münster bundesweit auf sich aufmerksam gemacht hat und sich offenbar auch dadurch bei unseren Gesellschafter als neuer Geschäftsführer empfohlen hat.

An dieser Stelle möchte ich noch auf ein anderes Problem aufmerksam machen, den unseligen Tendenzparagrafen (§ 118) im Betriebsverfassungsgesetz. Der bedeutet nicht nur, dass die Unternehmensleitung dem Betriebsrat keine Wirtschaftsdaten vorlegen muss, damit dieser die Situation real einschätzen kann. Er verhindert die Mitbestimmung bei personellen Entscheidungen in den Redaktionen.

Das hat zur Folge, dass Chefredaktionen freie Hand haben und missliebige oder engagierte Redakteure ohne Mitspracherecht des Betriebsrates versetzen können. In konkreten Fällen haben wir den Verdacht, dass tendenzbedingte Maßnahmen genau diesem Ziel dienen.

Dass dies Redakteure betraf, die von ihrem alten Arbeitsplatz aus das Ansehen unserer Zeitung auch überregional geprägt haben, spielte dabei überhaupt keine Rolle. Hauptsache sie sind aus dem unmittelbaren Dunstkreis der Chefredaktion entfernt worden.

Bestärkt werden wir so in unserer Vermutung, dass Qualität nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

So sind auch in der Druckerei mehrere erfahrene Kollegen als Maschinenführer abgesetzt worden. Interessanterweise waren es meist Leute, die sich aktiv an einem rechtmäßigen Warnstreik beteiligt hatten. Auch das ist nach unserer Auffassung ein eklatanter Rechtsverstoß. Denn es gilt nach rechtmäßigen Streiks in Deutschland ein Maßregelungsverbot.

Das ist für mich ein Beweis mehr, wie geltendes Recht bewusst unterlaufen wird. Und das passiert, weil viele Kollegen ihre Rechte ent-

weder nicht kennen oder sich nicht trauen, diese wahrzunehmen.

Es ist vor allem aber dadurch möglich, weil die Belegschaften von der Geschäftsführung, aber mehr noch von „willfährigen pomadigen Halbleitern“, enorm unter Druck gesetzt werden. „Missbrauch der Widerstandsunfähigkeit anderer“, würde ich dazu sagen. Und soviel ich weiß, wäre dies nach geltendem Recht sogar ein Straftatbestand. Aber wo kein Kläger, da ist auch kein Richter.

Und manche Firmenbesitzer oder Geschäftsführer haben so ihre eigene Vision: Von Computern über automatisierte Versandtechnik bis zu modernsten Druckmaschinen die Produktionsmittel des 21. Jahrhunderts nutzen, aber mit den Beschäftigten wie im Frühkapitalismus umgehen. Und dies am liebsten ohne Gewerkschaften, ohne tarifliche Standards, ohne engagierte Interessenvertretung. Das scheint heute Idealbild für manche Firmenlenker und ihre Vollstrecker zu sein.

Eines dürfte deshalb Fakt sein: Gelingt es uns jetzt nicht für die Beschäftigten im Unternehmen tarifliche Standards und für die Arbeit hohe Qualitätsansprüche zu erhalten, können wir das auf lange Sicht vergessen.

Mit einem Federstrich würden Jahrzehnte des Kampfes um die Rechte der Belegschaften ausgelöscht. Die Beschäftigten wären ihres Rechtes beraubt, die Gewerkschaften als ihre Interessenvertreter für die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu nutzen.

Vielen Kollegen würde so ihr verfassungsmäßiges Recht auf Koalitionsfreiheit vorenthalten. Die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie wird in der Praxis so zur Farce.

So weit darf es nicht kommen! Dem müssen wir etwas entgegen setzen.

Ob wir dabei letztlich erfolgreich sein werden, wird davon abhängen, wie wir vor allem die Belegschaften und die Öffentlichkeit sensibilisieren, motivieren und vor allem mobilisieren können.

Deshalb kann die Devise für uns nur lauten: Kopf hoch und nicht die Hände!

Robert Haberer

Die Sinnfrage muss erlaubt sein

Das Tempo ist Methode. Seit der Verlagschef der Lübecker Nachrichten, Thomas Ehlers, Ende 2006 auch die Geschäftsführung der Ostsee-Zeitung übernahm, geht es im Parforceritt der Zusammenlegung beider Verlage entgegen.

Den Betroffenen wurde das Vorhaben als „Kooperation“ schmackhaft gemacht. Der Begriff ist eigentlich klar definiert: „Kooperation ist das Zusammenwirken von Handlungen zweier Systeme.“ Das beschreibt einen Prozess, bei dem beide Partner gleichwertig und gleichberechtigt voneinander und miteinander lernen.

In der Realität blieb von diesem Anspruch wenig übrig. Da heißt es eher: „Das machen wir ab jetzt so wie in Lübeck!“ Die Konzepte und Systeme kommen aus Lübeck und auch die leitenden Mitarbeiter. Und sei es, um den OZ-Redakteuren nach 15 Jahren zu zeigen, wie man eine „richtige“ Zeitung zum Landespresseball produziert. In Anlehnung an Propagandaslogans früherer Zeiten macht der Witz die Runde: „Von Lübeck lernen, heißt, siegen lernen!“

Im November vergangenen Jahres schließlich wurden die Pläne zur „Kooperation“ erstmals konkretisiert: Demnach sollte ein komplexes Firmengeflecht entstehen. Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung würden zwei Gemeinschaftsunternehmen bilden. In diese neuen Firmen sollten alle Redakteure beider Titel sowie eine größere Anzahl von Beschäftigten der Verlags- und Verwaltungsbereiche wechseln. Die Zustimmung der Finanzbehörden galt als sicher. Das Kartellamt wurde mehr pro forma gefragt. Es gab den Antrag prompt wegen Unzuständigkeit zurück und damit den Weg zur Zusammenlegung frei.

Zwei Monate später präsentiert die Geschäftsleitung ein neues Konzept: Demnach würden Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung bis 2010 komplett fusionieren. Nur die Mitarbeiter der gemeinsamen Mantelredaktion sollten – zunächst – in eine neue, bereits zuvor gegründete Firma ausgegliedert werden.

„Zunächst“ und „voraussichtlich“ sind wichtige, häufig gebrauchte Vokabeln. Sie zeigen an, dass sich die Geschäftsleitung nur ungern festlegt, sich alle Optionen offen hält.

Beide Ansätze bergen vielfältige Risiken, gerade für die Mitarbeiter in den ausgegliederten Unternehmen. Das beginnt bei den fehlenden materiellen Sicherheiten dieser Firmen, geht über die Tarifbindung bis zur jederzeit möglichen Vergabe der Aufgaben an Dritte oder Konkurrenz der Einheiten untereinander. Im Springer-Konzern, der an Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung maßgeblich beteiligt ist, gibt es zahlreiche Beispiele, wohin solche Modelle führen.

Vor allem: Von Kooperation kann in beiden Varianten nicht die Rede sein. Denn im Ergebnis gibt es eben nicht zwei Systeme, die zusammen wirken, sondern es entsteht ein (mehr oder minder kompliziertes) System. Und dieses eine System wird seinen Schwerpunkt ganz offensichtlich in Lübeck haben.

An der Trave soll die gemeinsame Mantelredaktion angesiedelt werden. Schon Anfang April könnte sie ihre Arbeit aufnehmen, um beide Blätter mit Seiten und Berichten zur überregionalen Politik, Wirtschaft und Kultur zu versorgen. Die Seite 3, Aushängeschild jeder ernst zu nehmenden Zeitung, würde künftig vorwiegend zentral produziert. Die Ressorts Ratgeber, Service und Beilagen sollen folgen. 30 bis 40 Redakteure sollen die Produktion stemmen, also etwa die Hälfte der Journalisten, die heute in beiden Häusern „im Mantel“ arbeiten.

Das Fazit: Es geht also um Rationalisierung und es geht um die Verlagerung von Aufgaben, von hoch qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen aus Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein. Es geht um das Beschneiden der ohnehin mageren Verdienstmöglichkeiten freier Autoren. Denn die Texte des Gemeinschafts-Mantels werden zwar – zunächst – zweimal gedruckt vielleicht, aber nur einmal honoriert. Nur um eine Kooperation im eigentlichen Sinne geht es eben nicht.

Eilig werden Fakten geschaffen, nachdem es über viele Monate hieß, alles sei offen. Der Vorschlag des Betriebsrates, Alternativen zu einer Kompletterverlagerung der Redaktion zu prüfen, war schnell verworfen. Schon vorher rückten in Lübeck die Bauleute an, um Platz zu schaffen für die Einheitsredaktion.

Offenbar soll das atemberaubende Tempo besinnungslos machen, um kritische Fragen zu den Ungereimtheiten des Konzepts zu übergehen: Fehlen in Rostock tatsächlich, wie behauptet, die Räume für eine Mantelredaktion? Wer sind die potenziellen Kunden, die vom „zentralen Standort“ Lübeck aus beliefert werden sollen?

Schon Anfang kommenden Jahres will man mit dem Einheitsmantel auf Akquisetour gehen. Kieler Nachrichten, Nordkurier, Elmshorner Nachrichten – die Liste der angeblich oder tatsächlich Kooperationswilligen ist lang und ändert sich – wie so ziemlich alles bei diesem Konzept – alle paar Wochen.

Vor allem muss die Sinnfrage bei diesem Projekt erlaubt sein: Ist es wirklich sinnvoll, den Mantel der größten Tageszeitung Mecklenburg-Vorpommerns aus Schleswig-Holstein kommen zu lassen?

Zu einer guten Regionalzeitung gehört ein professionell gemachter Mantel ebenso wie gut ausgestattete Lokalredaktionen, fähige Verlagsmitarbeiter und eine funktionierende Technik vor Ort. Die führende Wirtschaftsregion des Landes, Standort der Universitäten und Hochschulen braucht eine eigenständige Ostsee-Zeitung, die auch bei überregionalen Themen kompetent recherchiert, berichtet und kommentiert – und zwar aus dem Blickwinkel der Menschen zwischen Grevesmühlen und Usedom.

Gewiss, die publizistische Verantwortung für die Ostsee-Zeitung soll weiter in den Händen des Rostocker Chefredakteurs bleiben. Doch wie kann er sie wahrnehmen, wenn er sich doch ganz auf die lokale und regionale Berichterstattung konzentrieren soll?

Überhaupt will man die lokale und regionale Kompetenz stärken und gleichzeitig „nur die besten Leute“ nach Lübeck in die gemeinsame Mantelredaktion versetzen. Das passt nicht zusammen.

Im günstigsten Fall geht massiv journalistische Kompetenz am Standort Rostock verloren, im schlimmsten Szenario steht am Ende der Verlust der Eigenständigkeit der Ostsee-Zeitung. Was bliebe? Zehn Lokalredaktionen längs der Küste, die ihren Mantel und auch sonst so ziemlich alles aus Lübeck beziehen?

Gegen diese Risiken helfen – gerade angesichts schnell wechselnder Pläne – nur verbindliche Regelungen. Deshalb haben die Mitarbeiter bereits im Dezember eine betriebliche Tarifkommission gewählt und Forderungen erhoben: Die mündlich zugesagte Tarifbindung soll ebenso dauerhaft fixiert werden wie der Verzicht auf Änderungs- und Beendigungskündigungen. Sonst ist es mit der behaupteten Freiwilligkeit und Sicherheit womöglich schon bald zu Ende.

Die Absicherung der neu zu gründenden Unternehmen muss geklärt werden. Für den Ausgang des als „Deutschlands spannendsten Zeitungsprojekts“ apostrophierten Experiments dürfen am Ende nicht die Beschäftigten mit ihren Arbeitsplätzen haften. Zur sozialen Absicherung gehört schließlich, dass die Interessen der Mitarbeiter durch starke Betriebsräte vertreten werden.

Entscheidend ist die Standortsicherung: Im Moment geht die Zusammenlegung von Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung eindeutig zu Lasten von Rostock. Ist nicht zu befürchten, dass dieser Prozess in Zukunft so weiter geht? Erst der Mantel, dann die Beilagen, als nächstes womöglich die Anzeigenproduktion... Bislang gibt es die Ankündigung, am Standort Rostock würden künftig immerhin Verwaltungsaufgaben konzentriert. Was das zu bedeuten hat, blieb offen.

Um die verbreiteten Ängste vor dem Ausbluten zu nehmen, genügen nicht Worte. Es sind verbindliche, notfalls einklagbare Zusagen notwendig, die eben nicht jederzeit einfach widerrufen werden kön-

nen, nach dem Schema: Gemeinschaftsunternehmen war gestern, heute geht es um Voll-Fusion und morgen vielleicht um „Plan C“.

Zudem bleibt die entscheidende Frage: Wie wird die Eigenständigkeit der Ostsee-Zeitung auf Dauer gesichert? Die geplante Verlagerung des Mantels nach Lübeck ist ein Alarmsignal, denn die Redaktion ist das Herz jeder Zeitung.

Die Redakteure der Ostsee-Zeitung haben allen Grund zur Kritik: Das Konzept zur Verlegung des Mantels wurde ohne sie entwickelt. Die Chefredakteure in Rostock und Lübeck waren die Urheber, aber die unmittelbar Betroffenen wurden nicht gefragt – obwohl die Redakteure ihre Mitarbeit angeboten und eingefordert hatten. Auch der Betriebsrat wurde letztlich nur mit den Plänen konfrontiert, aber eben nicht in die Planung einbezogen.

Hier setzt die Forderung nach demokratischen Mitwirkungsrechten der Journalisten an. Es geht nicht darum, die Chefredaktion zu ent-

machten. Es geht darum, sie in ihrer zentralen Aufgabe zu unterstützen. Die Unabhängigkeit der Ostsee-Zeitung ist ein hohes Gut, das sich nicht durch einen Vermerk im Arbeitsvertrag des Chefredakteurs ausreichend schützen lässt. Ein Arbeitsvertrag ist schnell geändert...

Die Eigenständigkeit der Ostsee-Zeitung kann nur die Redaktion gemeinsam auf Dauer bewahren. Diese Verantwortung gemeinsam zu tragen, ist dringend notwendig: Denn von der journalistischen Kompetenz der Ostsee-Zeitung hängt ihre Zukunft ab – und damit die Zukunft aller Mitarbeiter.

Dass das Engagement für eine eigenständige Ostsee-Zeitung im Interesse der Leser ist, wurde gerade in den letzten Tagen deutlich, als sich Hunderte durch ihre Unterschrift mit dieser Forderung solidarisierten. Sie zeigen, dass das Motto der OZ mehr ist als ein Werbeslogan: „Weil wir hier zu Hause sind.“ Es ist ein Stück Selbstverständnis – zukunftsweisend. Weil wir hier zu Hause bleiben wollen.

Martin Dieckmann

Innere Pressefreiheit

Vor etwas mehr als einem Jahr, auf dem Journalistentag der dju im November 2006, hieß es in der Eröffnungsbilanz zum Thema „innere Pressefreiheit“ und „innere Medienfreiheit“: Die innere Presse- und Medienfreiheit sei alles andere als eine historisch zurückliegende Phase und durch die Entwicklung der letzten dreißig Jahre de facto erledigt. Im Gegenteil, sie „schlösse auf“ zu den aktuellen und absehbaren Entwicklungen der Medien im Allgemeinen, des Journalismus im Besonderen. Den 2006 diskutierten Problemfällen – „Berliner Zeitung“, Übernahmepläne von Axel Springer/ProSiebenSat.1 oder auch „Berlusconi ante portas“ – diesen bekannten Problemfällen schlossen sich bald Entwicklungen wie die hier in dieser Region, in Mecklenburg-Vorpommern, an.

Ich werde nun auf die regionalen Bedingungen hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht im Einzelnen eingehen. Stattdessen werde ich die Grundfragen und Grundprobleme „innerer Pressefreiheit“ behandeln und zur Diskussion stellen. Dies werde ich in drei Schritten tun. Zunächst einmal geht es um die „innere Pressefreiheit“ selber, was das eigentlich ist und was sie nicht ist. Hierbei werden schon einige weitere Fragen – insbesondere verfassungsrechtlicher Art – aufgeworfen, die dann auch für die später folgenden rechtspolitischen Hinweise von Bedeutung sind. Als Zweites werde ich eingehen auf das keineswegs unproblematische Verhältnis von publizistischer Mitbestimmung einerseits und betrieblicher Mitbestimmung und Tarifautonomie andererseits. Dies ist ein meist wenig beachteter aber gerade für uns als Gewerkschaften wichtiger Problemkreis. Wobei ich hier schon verraten kann, dass ich hier das Problem als seine eigentliche Lösung vorstellen werde. Bleibt, last but not least, die nicht weniger komplizierte Diskussion der konkreten Ausgestaltung „innerer Pressefreiheit“, konkret der rechtspolitischen Fragen einer angemessenen Gesetzgebung, die ja seit der Föderalismusreform, einzig Ländersache ist.

1. Grundfragen und Grundlagen „innerer Pressefreiheit“

Nun zum ersten Themenkreis, den Grundfragen und Grundlagen „innerer Pressefreiheit“. Gewöhnlich wird diese ins Spiel gebracht oder auch nur in Erinnerung gerufen, wenn es um Medienkonzentration und besonders um Pressekonzentration geht. Das ist nicht ganz falsch und somit auch nicht ganz richtig. Denn substanzial hat es die innere Pressefreiheit gar nicht mit externer Markt- und Meinungsmacht zu tun, sondern mit dem Binnenverhältnis zwischen Redaktion und Unternehmen. Allerdings, und darauf werde ich im Weiteren noch eingehen, werden mit zunehmender Pressekonzentration – jedenfalls dann, wenn vorherrschende Meinungsmacht entsteht – zusätzliche Fragen aufgeworfen. Wie gesagt, ich komme darauf noch zurück.

Was also ist „innere Pressefreiheit“ und woraus leitet sie sich eigentlich ab? Darauf hat schon 1962 der Journalist Alfred Fränkel die einschlägige und bis heute gültige Antwort gegeben: „Wer also von einer äußeren und einer inneren Pressefreiheit spricht, muss sich darüber klar sein, dass es sich um zwei Seiten des gleichen Begriffs handelt.“ Es handelt sich also um ein und dieselbe Pressefreiheit, das eine Mal als Abwehrrecht gegen äußere, vor allem staatliche Eingriffe. Das andere Mal als – wie auch immer näher zu bestimmendes – Abwehrrecht gegen unternehmerische Eingriffe, soweit diese den Auftrag der Presse gefährden. Wohlgemerkt, nicht alles, was Redaktionen in eigener Sache vorbringen, gehört zur inneren Pressefreiheit. Innere Pressefreiheit ist wesentlich vom Auftrag der Presse und im Weiteren vom Vielfaltgebot abgeleitet. So hieß es dann 1962 auch bei Alfred Fränkel: „Die sogenannte innere Pressefreiheit ist ein Postulat für die Beziehungen zwischen der Presse und der Gesellschaft.“

Dies sehen namentlich die Verleger anders, und tatsächlich ist die gesamte Angelegenheit auch nicht so komfortabel einzurichten, dass

die Redaktionen allein Trägerinnen der Pressefreiheit wären. Um diese Frage, wer eigentlich Träger des Grundrechts der Pressefreiheit ist, hat es nach dem zweiten Weltkrieg noch Differenzen zwischen den Gewerkschaften und Journalistenvereinigungen gegeben. So nahm noch in den fünfziger Jahren die IG Druck und Papier eine nachgerade rabiate Position ein: Verleger seien nur Unternehmer, schiere Kapitalisten, einzig die Redaktionen seien Träger der Pressefreiheit im Verlag. Anders damals der DJV, allerdings kam man während der intensiven Beratungen in den siebziger Jahren – erst in Beratungen um entsprechende Pressegesetze, dann bei der Erarbeitung von Tarifvertragsentwürfen – überein, von einer geteilten Grundrechtsträgerschaft auszugehen. Bis heute ist dies verfassungsrechtlich umstritten, im Übrigen auch noch nicht endgültig durch Beschluss oder Urteil in Karlsruhe entschieden worden. Immerhin aber kam Ende der 70er Jahre der derzeit noch amtierende Berichterstatter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Hoffmann-Riem, zu dem Befund, dass die „Innere Pressefreiheit eine politische Aufgabe“ sei. Wobei ein arbeitsteiliges Verhältnis zwischen Unternehmen und Redaktion angenommen wurde. Noch ein Blick zurück in die Geschichte: Als die Regierung Brandt 1969 ernsthaft daran ging, auch innere Pressefreiheit durch eine Presserahmengesetzgebung regeln zu wollen, reagierten die Verleger doppelgleisig: Offiziell stapelten sie turmhoch Gutachten und Schriften zur Verfassungswidrigkeit dieses angeblichen Eingriffs in die Pressefreiheit. Inoffiziell aber zeigten sie sich bereit, auf freiwilliger Basis entsprechende Regelungen zu treffen – um dem Gesetz zuvor zu kommen. Dies nur als Hinweis auf die hilfreiche Bedeutung eines Gesetzgebungsverfahrens.

Was ist nun der Gedankengang eines sozusagen „arbeitsteiligen“ Verständnisses der Pressefreiheit? Gehen wir einmal von gewöhnlichen Grundsatzfragen verfassungsrechtlicher Natur aus, dann haben wir es oft beziehungsweise meistens mit der Kollision von Grundrechten zu tun. Die Kollision erfordert eine Abwägung. Im Fall der Pressefreiheit ergibt sich vielfach eine Kollision zwischen den rein wirtschaftlichen Interessen und dem publizistischen Auftrag. Dies ist so in einer privatwirtschaftlichen Medienlandschaft, und ich füge hier hinzu: die privatwirtschaftliche Grundlage gehört auch zur Pressefreiheit hinzu, denn wirtschaftliche Stabilität eines Verlagsunternehmens ist notwendig, wenn auch eben nicht hinreichende Bedingung publizistischer Unabhängigkeit. (Verfassungsrechtler sprechen hier auch von einem wesentlichen Bestandteil der „institutionellen Garantie“ der Pressefreiheit.)

Nun sind das alles wunderbar schillernde Rechtsfiguren, man muss auch sagen: Rechtsfiktionen, denn ihnen ist immer noch das historische Vorbild des publizistisch engagierten Verlegers unterlegt. Auf ein börsennotiertes Unternehmen wie etwa Mecom Europe, in Deutschland beispielsweise Berliner Verlag und Morgenpost, trifft diese Rechtsfiktion schon lange nicht mehr zu. Geht es nämlich nur noch um Profit, Rendite, Share-Holder-Interessen und Unternehmensbewertungen, dann vergreift sich Grundrecht an Grundrecht: Plötzlich ist die Pressefreiheit das Alibi für die unternehmerische Freiheit. Oder aber, geht es um die Pressefreiheit, werden grundrechtliche Garantien des Eigentums und der Gewerbefreiheit ins Spiel gebracht. Das Doppelspiel solcher Verleger ist bekannt: Kahlschlag in Redaktionen ist dem Schutzgut unternehmerischer Freiheit geschuldet, geht es aber um den verminderten Umsatzsteuersatz, wissen die Verleger das Kulturgut Zeitung hervorzuheben und fordern sogar die vollständige Befreiung von der Umsatzsteuer! Die gesamte Problematik verschärft sich also schon durch den deutlichen Paradigmenwechsel in den Unternehmensführungen – dem Zurücktreten klassisch publizistisch engagierter Verleger hinter reinem Management.

Eine weitere Verschärfung der Problematik innerer Pressefreiheit ist aber vor allem durch die Pressekonzentration gegeben – gerade dort, wo sich Vielfaltverarmung auch in Kooperationen wie hier in Mecklenburg-Vorpommern abzeichnet. Hier werden übrigens auch Verfassungsrechtler hellwach, die gesetzliche Vorschriften zugunsten innerer Pressefreiheit ablehnen. Denn eine der für die Bundesrepublik wichtigen Rechtsfiktionen ist die der Vielfalt durch „Außenpluralismus“: Will heißen, Tageszeitungen ergeben in ihrer Summe und nicht im einzelnen Blatt die ganze erforderliche Vielfalt. Dies trifft aber nur zu, wenn es tatsächlich Wettbewerb gibt. Wenn nun aber nicht nur vorherrschende Marktmacht sondern auch vorherrschende Meinungsmacht droht, sind substanzielle Annahmen der medienrechtlichen Regulierung hinfällig geworden. Innere Pressefreiheit wird dann als Bestandteil der institutionellen Garantien von Pressefreiheit geradezu zwingend.

Auf die Grundfragen nach den Grundlagen ergibt sich so der Befund: dass innere Pressefreiheit der privatwirtschaftlichen Organisation der Presse nicht entgegen steht, aber nur als inneres Abwehrrecht und als innerer Gestaltungsauftrag der Redaktion die Pressefreiheit insgesamt schützen kann. Wie greifen nun Gestaltungsauftrag und Abwehrrecht ineinander, verzahnen sie sich? Hier kann man auf die übliche und im Übrigen auch bewährte Praxis der Redaktionsstatute verweisen: Diese gliedern sich im Wesentlichen in zwei Teile.

Der erste Teil ist den allgemeinen und für alle – Redaktion wie Unternehmen – verbindlichen Normen in inhaltlicher Hinsicht gewidmet. Der zweite Teil regelt konkret die institutionellen und Verfahrensfragen redaktioneller Mitbestimmung. Unter den verbindlichen Normen ist zunächst einmal die „Tendenz“ der Zeitung – im umfassenden Sinne – zu verstehen. Hierbei handelt es sich keineswegs nur um die bekannte Präambelpoesie, die sich in vielen Statuten findet – alle sind fortschrittlich, liberal, unabhängig und so weiter und so fort. Sondern womöglich auch um den Charakter der Zeitung, ihre Elemente, Gewichtung von regionalem, Kultur, Unterhaltungs-, Überregionalem und so weiter (wie es insbesondere das Statut der Berliner Zeitung festgeschrieben hat).

Im zweiten Teil – mit den institutionellen und Verfahrensfragen – wird dann festgeschrieben, welche Rechte die Redaktion im Einzelnen hat, wer in welcher Zusammensetzung die Redaktion vertritt (Redaktionsausschüsse oder –beiräte). Dabei spielt bei den Regelungsfragen vor allem die Mitbestimmung bei der Besetzung der Chefredaktion eine herausragende Rolle. Diese konnte beispielsweise in Berlin nicht durchgesetzt werden. Besieht man sich heute zudem noch die gänzlich veränderte Rolle der Chefredaktionen – dass sie nämlich nicht mehr nur Partner, sondern integraler Bestandteil des Managements geworden sind, wird die Sicherung und Regelung innerer Pressefreiheit um so wichtiger.

2. Verhältnis von publizistischer Mitbestimmung zur betrieblichen Mitbestimmung und Tarifautonomie

Einwände gegen die publizistische Mitbestimmung als innere Pressefreiheit gibt es nicht nur aus Verlegersicht in Bezug auf die Pressefreiheit und ihre Träger. In anderer, betriebsverfassungsrechtlicher Perspektive ist – zuletzt im Fall des Fusionsvorhabens von Axel Springer / ProSiebenSat.1 – geltend gemacht worden, Redaktionsstatute und Redaktionsausschüsse kämen in Konflikt mit der Betriebsverfassung. Prominenter Vertreter dieser Auffassung ist Professor Säcker, der sich in diesem Sinne auch vor Jahren beim Journalistentag der dju geäußert hat. Wie stichhaltig ist dieser Einwand? Immerhin betrifft er ja gewerkschaftliche Kernfragen.

Meines Erachtens liegt hier zwar ein Problem der konkreten Ausgestaltung innerer Pressefreiheit, aber dieses Problem erweist sich bei näherem Hinsehen als seine eigene Lösung. Warum? Zunächst einmal können sich in der Tat Situationen ergeben, in denen Redaktionsaus-

schüsse quasi als Ersatz- oder Sonderbetriebsräte fungieren. Das ist dann der Fall, wenn sie sich mit arbeits- und betriebsverfassungsrechtlichen Belangen beschäftigen. Das ist im erweiterten Sinn auch dann der Fall, wenn sie sich – in der Praxis und nicht vom Statut her – als Ständevertretung innerhalb des gesamten Betriebes vertreten. So kommt es durchaus auch mal vor, dass eine Geschäftsführung mit einem Redaktionsausschuss über Zielvereinbarungen mit Entgeltbestandteilen verhandeln will – oder dem Betriebsrat gegenüber die Beteiligung des Redaktionsausschusses durchsetzen will. In anderen, weniger problematischen Fällen, spielen Redaktionsausschüsse oder –beiräte auch mal die Rolle des „trouble shooters“ vor Ort, sozusagen als ausgleichendes Element oder Konfliktmanagement. Damit kann ein Betriebsrat gut leben, aber dann nicht mehr, wenn es um arbeitsrechtliche Fragen geht – also um die Redakteurinnen und Redakteure als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gehören Stellenpläne, Personalplanung zur inneren Pressefreiheit? Nein, aber deren Konsequenzen für die Einhaltung des publizistischen Auftrages des Unternehmens! Insofern greift, richtig verstanden, der Redaktionsausschuss nur in Regelungsfragen ein, die dem Betriebsrat – und im Übrigen auch der Tarifpartei, der Gewerkschaft – entzogen sind.

Es kommt also darauf an, sowohl in der grundsätzlichen Ausgestaltung der inneren Pressefreiheit als auch in ihrer konkreten alltäglichen Ausübung den eigentlichen Auftrag zu berücksichtigen und ihm zu folgen. An dieser Stelle muss eines der vielen Missverständnisse über den „Tendenzschutz“ ausgeräumt werden. Dieser grenzt die betriebliche und Unternehmensmitbestimmung erheblich ein und ist – als Unikum im internationalen Vergleich – schlicht abzuschaffen.

Immer wieder wird nun kolportiert, publizistische Mitbestimmung setze den Tendenzschutz außer Kraft, eben der schon genannte Fehler: Es ergäben sich über die innere Pressefreiheit Rechte, die der Tendenzschutz verwehrt. Dies ist falsch, denn die innere Pressefreiheit und die publizistische Mitbestimmung hat es eben weder mit Informations- und Beratungsrechten in wirtschaftlichen Belangen noch mit Arbeitnehmerinnenvertretungen in Aufsichtsräten zu tun. Die Ausgestaltung der inneren Pressefreiheit etwa in einem Redaktionsstatut hat für die Tendenz des Unternehmens nur zur Folge, dass diese verbindlich festgehalten beziehungsweise damit die Spielräume redaktioneller Unabhängigkeit umschrieben werden. Damit, das allerdings ist auch arbeitsrechtlich von Belang, können personelle Maßnahmen nicht mehr willkürlich „aus Tendenzgründen“ erfolgen, wohl aber begründet – über die Tendenzbestimmungen des Statuts.

Probleme im Verhältnis zwischen publizistischer und betrieblicher Mitbestimmung können also nur entstehen, wenn die Instrumente innerer Pressefreiheit sinnwidrig und damit missbraucht werden. Aber, und dieser Aspekt gehört hier besonders hervorgehoben: Ohne betriebliche und tarifliche Mitbestimmung bleibt die publizistische Mitbestimmung schwach. Und auch das heutige Regelwerk der betrieblichen Mitbestimmung ist – selbst wenn es ausgedehnt in Anspruch genommen wird – zu schwach, um in unternehmenspolitischen Fragen wirksam zu werden. Hier ist die volle Ausübung der Tarifautonomie, die gewerkschaftliche Aktion, gefragt. Sie hat einen mittelbaren, aber durchschlagenden Effekt auf die Pressefreiheit – sowohl nach außen wie nach innen. Um noch einmal daran zu erinnern: Die wirtschaftliche Stabilität eines Presseunternehmens ist eine Grundlage für die Unabhängigkeit der Presse. Gute Tarifverträge für gute Arbeit gehören dazu, machen einen Kern dieser Stabilität aus. Dagegen ist das fortgesetzte Dumping – also das Austragen des Wettbewerbs über den Arbeitsmarkt – schädlich für die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit eines Zeitungs- und Medienunternehmens.

Insofern schließt sich hier der Kreis. Und das scheinbare Problem erweist sich als seine eigene Lösung. Denn aufeinander abgestimmt, können die Verantwortlichen publizistischer und betrieblicher Mitbestimmung gemeinsam – aber abgestimmt jeweils auf ihrem eigenen Gebiet – ein hohes Maß an Qualitätssicherung erreichen.

3. Rechtspolitische Gestaltungsoptionen innerer Pressefreiheit

Hier möchte ich eines vorwegschicken, weil dies für unser eigenes Selbstverständnis als Gewerkschaft und als Journalistenunion und –verband wichtig ist: Die Pressefreiheit braucht Gesetze zu ihrem Schutz, nicht zu ihrer Reglementierung. Es bedarf hier einer sehr genauen politischen Abwägung, wieweit erweiterte gesetzliche Rahmenbedingungen erforderlich sind.

Ich spreche von Rahmenbedingungen, weil es einerseits um den gesetzlichen Schutz von Pressefreiheit geht, andererseits um die wesentlich freie Ausgestaltung des Auftrags der Presse durch die Presse selber. Die Pressefreiheit braucht vorrangig Selbstregulierung, so wie es ja auch schon in der Selbstkontrolle der Fall ist. Ohne Staatsferne durch Selbstregulierung kann es weder Pressefreiheit im Besonderen noch Medienfreiheiten im Allgemeinen geben. Unter Berücksichtigung der unternehmerischen Interessen – gerade auch als Grundlage publizistischer Unabhängigkeit von staatlichen Zwecken – müssen Rahmenvorschriften (denn mehr können solche Gesetze nicht vorgeben) in besonderer Weise die Gefährdung des Auftrags der Presse durch einseitige wirtschaftliche Interessen eingrenzen.

Wie man sieht, befinden wir uns hier in einer höchst sensiblen Zone von Regulierung und Selbstregulierung. So sehen es auch Verfassungsrechtler, und ich gebe hier mal drei Versionen rechtspolitischer Optionen aus Verfassungssicht wieder:

Die erste Version schließt gesetzliche Regelungen innerer Pressefreiheit aus, da diese in die Pressefreiheit selber eingreifen würden.

Die zweite Version hält gesetzliche Regelungen – bei gebotener Verhältnismäßigkeit – für eine politische Aufgabe (so ja auch der schon erwähnte Hoffmann-Riem).

Die dritte Version löst den Konflikt pragmatisch und sieht Artikel 5 Grundgesetz als letztlich neutral an – somit ist machbar, was die Verfassung nicht untersagt.

Für ein angemessenes Vorgehen gibt es im Medienrecht europaweit einen terminus technicus, ein Wortungetüm namens regulierte Selbstregulierung. Damit wird der Stellenwert der Regulierung umschrieben – zurückhaltend, sozusagen als reines Rahmenwerk. Im Zentrum steht die Selbstregulierung, innerhalb eines gesetzlichen Rahmens, aber ansonsten so staatsfern wie möglich. Entscheidend für den Inhalt dieses Rahmenwerks ist, dass die Akteure, die Träger einer Selbstregulierung der inneren Pressefreiheit benannt werden.

Kommen nun diese Akteure und Träger der Selbstregulierung dadurch zusammen, dass der Gesetzgeber sie dazu zwingt, verpflichtet?

Einige mögen ja einer solche Höllenhochzeit - marriage in hell – freudig entgegen sehen. Im Ernst wird aber niemand per Gesetz eine Redaktion dazu zwingen können, sich ein Statut zu geben, wenn diese es nicht will. Aber wenn es denn gewollt ist, dann sollte dies zu einem gesetzlichen Recht werden. Mindestnormen oder Mindeststandards können darin enthalten sein, mehr aber nicht. Denn es liegt an den konkreten Akteuren, die innere Pressefreiheit „lebenstauglich“ auszugestalten.

In diesen Fragen und ersten, noch vorsichtigen Antworten kann man schnell ein Problem entdecken, das wiederum zu seiner eigenen Lösung umgewandelt werden kann. Das Problem steckt in diesem Fall darin, dass es zur Wahrnehmung innerer Pressefreiheit auch entsprechend selbstbewusster Redaktionen bedarf. Um es zuzuspitzen: Allein zur Durchsetzung dieses Ziels, innerer Pressefreiheit, bedarf es schon einer eigenständigen Initiative, wenn nicht gar Bewegung, von Redakteurinnen und Redakteuren, die in eigener Sache als der Sache Aller, der Allgemeinheit, aktiv werden. Das hat von vorneherein eine politische und gesellschaftspolitische Diskussion – Kampf um Erhalt von Vielfalt, nicht zur Durchsetzung einer bestimmten politischen Richtung. Im Gegenteil, Vielfalt bedeutet so etwas wie „Abrüstung der Wahrheitsansprüche“. Dies ist das, was die Tageszeitungen und damit die Redaktionen der Allgemeinheit auf Dauer schuldig bleiben, treibt die Entwicklung in die bisherige Richtung weiter.

Die Selbstorganisation von Redaktionen im Kampf um innere Pressefreiheit muss sich dabei verbinden mit Initiativen eines regulierenden Rahmenwerks. Es wird auf Dauer nicht viel nützen, mangels gesellschaftspolitisch, demokratisch ausgerichteter Initiativen und Bewegungen den Gesetzgeber um Hilfe anzurufen. Denn das ist die Lehre aus der früheren Statutenbewegung und ihren Ausläufern in den vereinbarten Redaktionsstatuten: Es gibt schwache Regelungen von Statuten, die aber in der Hand selbstbewusster Redaktionen zu starken Waffen wurden. Und es gab und gibt formal hervorragende Statuten, die aber Makulatur bleiben, wenn sie von Redaktionen nicht im ursprünglichen, eigentlichen Sinne wahrgenommen werden.

Last but not least, und damit will ich meine Ausführungen abschließen: Wie im rechtlichen Regelwerk gehören in der praktischen Auseinandersetzung Tarifautonomie und betriebliche Mitbestimmung auf der einen Seite und publizistische Mitbestimmung auf der anderen Seite zusammen. Sie sind nicht identisch, aber sie verstärken sich gegenseitig – hier wie dort geht es um die Voraussetzungen und im Weiteren um die Ausgestaltung der ganzen Pressefreiheit. Und darum ist eine solche Auseinandersetzung auf allen wichtigen Feldern so wichtig wie nötig – in Mecklenburg-Vorpommern wie anderswo.

Die Presselandschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Ostsee-Zeitung

Gesellschafter:
Axel Springer AG (50%)
Lübecker Nachrichten (50%)
Mitarbeiter: 410
Auflage*: 176.652
Anzahl Lokalausgaben: 10

(* Druckauflage, Stand: Quelle: IWW)

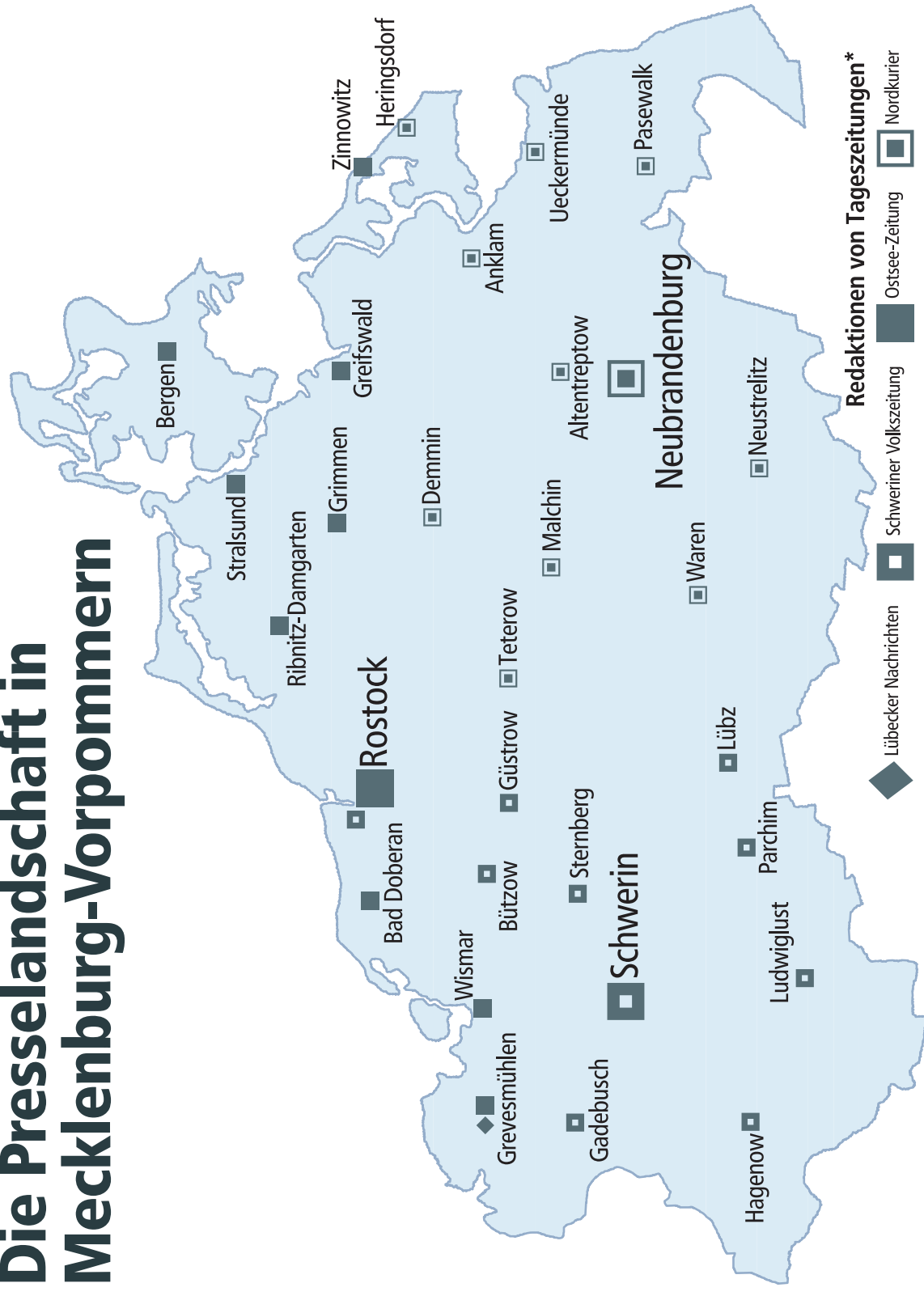
Nordkurier

Gesellschafter:
Kieler Nachrichten, Augsburgener Allgemeine und Schwäbische Zeitung (zu je einem Drittel)
Mitarbeiter: 365
Auflage*: 103.628
Anzahl Lokalausgaben: 13

Schweriner Volkszeitung

Gesellschafter:
Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag sh.z (100%)
Mitarbeiter: 257
Auflage*: 116.194
Anzahl Lokalausgaben: 11**

(** inklusive NNN und Prignitzer)



Unser Land braucht seine Zeitungen

Qualität und Vielfalt sichern.

► www.qualität-und-vielfalt-sichern.de